Die „Volkswacht" erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt".

Nr. 39. Donnerstag, den 16. Februar 1905. 16. Jahrgang.

Eine Kulturaufgabe.

Der Kost- und Logiszwang, der früher allgemein als ein Rest des mittelalterlich-patriarchalischen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen betrachtet wurde, und von dem man deshalb annahm, er würde mit der fortschreitenden industriellen Entwickelung von selbst verschwinden, zieht heut wieder größere Aufmerksamkeit auf sich. Es hat sich gezeigt, daß das Kost- und Logissystem beim Arbeitgeber nicht im Verschwinden begriffen ist, sondern sich den Entwickelungs-Tendenzen anzupassen vermochte und neben zahlreichen Handwerksgesellen heute auch vielen Tausenden von Arbeitern großer Betriebe ein schmachvolles Dasein bereitet. Es sei hier nur an die **Schlafbaracken** und **Schlafhäuser** erinnert, die fast überall ein Bestandteil von Zuckerfabriken und Ziegeleien geworden sind; ferner an die **Arbeiterinnen-** und **Ledigenheime** großer Betriebe zur Unterbringung fremder Arbeitskräfte, die **Arbeiterwohnungen** und **Arbeiterkolonien** einzelner Etablissements, durch die unter der Maske sozialer Arbeiterfürsorge auch die verheirateten Arbeiter in ein höchst unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis geraten. In der Textilindustrie ergänzt dann häufig auch noch die **Speiseanstalt** das Wohnungsjoch. Im Handelsgewerbe ist die „**freie Station**" ein allgemein gefühlter Mißstand.

Der Kost- und Logiszwang ist nun aber sowohl vom hygienischen, wie auch vom rechtlichen und gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, lediglich zu bekämpfen. Die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, die den Arbeitern aufgezwungen werden, sind zumeist gesundheitsschädigende. Im Bäckergewerbe sind diese Gefahren sowohl für die beteiligten Arbeiter, als auch für das konsumierende Publikum schon häufig geschildert worden. Ueberhaupt stehen ziemlich all die hygienischen und sittlichen Gefahren, die der Hausindustrie anhaften, auch in Beziehungen zum Kost- und Logiszwange in Industrie, Handel und Gewerbe. Vom rechtlichen Standpunkte aus widerstreitet dieses System der zwangsweisen Naturalleistung unserer modernen Rechtsentwickelung. Es tritt die Notwendigkeit hervor, alle Ausnahmen gegenüber dem Truckverbot (§ 115) der Gewerbeordnung zu beseitigen. Vor allem aber haben die Gewerkschaften ein Interesse daran, jenes kulturfeindliche System zu beseitigen, das den Arbeiter nach jeder Richtung in Fesseln schlägt. Letzterer Umstand hat nun auch dazu geführt, daß die hiervon am meisten berührten Gewerkschaften eine Kommission ins Leben riefen, deren Aufgabe es ist, die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges zu erstreben.

Wenn wir uns nun den verschiedenartigen Schäden im einzelnen zuwenden, so sehen wir zunächst den Arbeiter in seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit völlig gehindert. Im allgemeinen steht ja das Arbeitgebertum heute noch auf dem Standpunkt, Herr im eigenen Hause sein zu wollen, aber am Tor der Fabrik oder Werkstatt hört diese Herrschaft auf. Der Kost- und Logiszwang macht den Herrn des Betriebes aber auch gleichzeitig zum Herrn der Häuslichkeit des Arbeiters. Letzterer untersteht nicht nur während seiner Arbeitszeit, sondern auch in seinen Feierstunden ständiger Ueberwachung. So wies z. B. das hiesige Gewerbegericht im Vorjahre einen Fall auf, bei dem ein Barbiergehilfe entlassen worden war, weil er nach den Angaben des Arbeitgebers keinen Abend vor 11 oder $^1/_2$12 Uhr nach Hause gekommen sein sollte und er, der Arbeitgeber, einen Menschen, „der so liederlich lebt", in seiner Familie ein Unterkommen nicht gewähren könne. Von sonstigen Eingriffen der Arbeitgeber in die Privatverhältnisse der Arbeiter, wie sie nur unter diesem System möglich sind, ließen sich Spalten füllen. Es sei hier nur auf die Schwierigkeiten verwiesen, die solchen Arbeitern zumeist hinsichtlich des Verkehrs mit ihren Berufsgenossen entgegenstehen, wie ihn die Berufsorganisation erforderlich macht. Am verhängnisvollsten aber wird dabei die Lage des Arbeiters, sobald er entlassen wird. Ein eigenes Heim bildet ein Stück Selbständigkeit, das auch dem Arbeitslosen über die schlimmsten Zeiten hinweg zu helfen vermag. Der Arbeiter, der allen Verpflichtungen pünktlich nachzukommen suchte, findet als Inhaber einer eigenen Wohnung in Zeiten der Arbeitslosigkeit doch noch einigen Kredit, um sich weiter helfen zu können, sei es nur beim Haus- oder Zimmerwirt, beim Krämer oder der „Logismutter". Der gleichzeitig des eigenen Heims beraubte Arbeitslose findet in solchen Fällen nur schwerlich ein sicheres Unterkommen; ihm winkt sofort die Landstraße mit all ihren Gefahren für den Wiederbeginn einer geregelten Lebensweise.

Die geistige Selbständigkeit des Arbeiters ist durch den Kost- und Logiszwang nicht minder gefährdet. Fachschulen und Bildungskurse, Bücher und Zeitschriften, Vorträge und Museen bieten insbesondere auch dem jungen Arbeiter eine Fülle geistiger Bildung, Aufklärung und Belehrung. Der an das Haus des Arbeitgebers gefesselte Arbeiter vermag hiervon jedoch nur in seltenen Fällen Gebrauch zu machen. Seine Arbeitszeit ist in der Regel eine längere, Sonntagsarbeit hat er zumeist in weit umfangreicherem Maße zu leisten als andere Arbeiter. Hierzu tritt die oft recht bildungsfeindliche Umgebung, sowie der Mangel an Raum und Licht, um Bücher lesen oder sich sonst irgendwie geistig beschäftigen zu können. Daß der Arbeitgeber aber insbesondere die „aufreizende" und „vergiftende" Lektüre politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterblätter von „seinem" Hause fernzuhalten bemüht ist, läßt sich fast überall beobachten. Das geistige Defizit, dem solche Arbeiter mit Naturnotwendigkeit verfallen müssen, ist dann natürlich das größte Hindernis für ihr ferneres Fortkommen, insbesondere aber für die soziale und materielle Hebung ihres Berufs und ihrer Klasse. Es fehlt ihnen neben ihrer Selbständigkeit nicht nur an geistiger, sondern auch an moralischer Kraft, dem Fortschritt der Zeit die Bahn zu ebnen. Ihr Lohn ist gering, zumeist bei weitem geringer als der anderer Arbeiter und außerdem bereichert sich der Arbeitgeber auch noch am Konsum. Die Kost ist vielfach in qualitativer und quantitativer Hinsicht unzulänglich. Unterernährung sowie Entwöhnung von höheren Lebensbedürfnissen treten ein und vernichten die Reste von Energie für ein Streben nach Höherem und Besserem. Zufriedenheit, die Feindin allen Fortschritts, „schmückt" solche Arbeiter fast immer.

Ferner mindert der Kost- und Logiszwang den Wert des Arbeiters als Staatsbürger herab und hindert ihn in der Ausübung seiner politischen Rechte. Bei Stadtverordnetenwahlen gelten solche Arbeiter gar nichts, denn nur derjenige ist wahlberechtigt, der, abgesehen von den übrigen Vorbedingungen, über einen **eigenen** Hausstand verfügt. Der Ausübung des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechts stehen sie fern, mit keinem ihrer anderen staatsbürgerlichen Rechten sind sie vertraut, ebensowenig mit ihren Pflichten. Sie bilden, wo sie nur immer sich öffentlich zeigen, den Heerestroß der Reaktion und schädigen und schänden ihre Klasse. Leute, die nie Gelegenheit nehmen oder haben, sich um politische Fragen zu kümmern, können bei Wahlen natürlich keine eigene Meinung haben, sie folgen bei ihrer Stimm-Abgabe teils freiwillig den Ratschlägen des Arbeitgebers als des einzigen, unter dessen Einfluß sie sich befinden, teils lassen sie sich zur Wahl, von deren Stattfinden sie womöglich bis dahin noch gar keine Kenntnis hatten, kommandieren. Vielfach allerdings interessieren sie sich für eine Art „öffentlichen Lebens", wie es in evangelischen Jünglings- oder katholischen Gesellenvereinen, oder aber auch in Kriegervereinen pulsiert, nur äußerst selten aber trifft man auf solche, deren Denken und Fühlen den Interessen der eigenen Klasse gewidmet ist.

Aber auch die gesamte Volksgemeinschaft wird durch den Kost- und Logiszwang geschädigt. Der Lohn solcher Arbeiter reicht nie zur Ernährung einer Familie aus, wie ja überhaupt der Besitz einer Familie sich nicht mit dem Kost- und Logiszwang beim Unternehmer vereinbaren läßt. Nach Eingehen einer Ehe vermindert sich deshalb in Berufen, wo das bezeichnete System dominiert, für den Arbeiter die Auswahl passender Arbeitsgelegenheit außerordentlich und überdies sind ja in solchen Berufen, wie aus Vorstehendem erklärlich, die gesamten Erwerbsverhältnisse so zurückgeblieben, daß auch in Betrieben ohne jenes schändliche System die Löhne tief unter dem Niveau normaler Bedürfnisse stehen.

Wenn aus all diesen Gründen sich gegenwärtig unter der organisierten Arbeiterschaft eine lebhaftere Bewegung gegen jenes kulturwidrige System bemerkbar macht, so ist nur zu wünschen, daß die Allgemeinheit dieser Bewegung dasjenige Interesse zuwendet, das ihren Erfolg garantiert. Die Ansicht muß weichen, daß die mittelalterliche Hausgemeinschaft zwischen Meister und Geselle irgend etwas Ideales an sich hat. Was wir hier sehen, ist nichts als die Karikatur eines Idylls und verdient mit Stumpf und Stiel beseitigt zu werden und zwar um so besser, je früher die Beseitigung gelingt.

R. D.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

31] (Nachdruck verboten.)

„Er hat doch die Luringer Brücke gebaut, das wissen Sie. Bei deren Einweihung hat er gehofft, daß für ihn ein Orden, ein Titel, ich weiß nicht was, abfiele. Aber es ist nichts damit gewesen, man hat seinen Namen überhaupt nicht genannt. Der Grund war, daß er sich in Ungarn fürchterlich kompromittiert hat. Eine Brücke ist da zusammengebrochen. Aber Sie haben doch von dem Szegediner Eisenbahnunglück gelesen?"

Fernow erinnerte sich, daß in einer alten Zeitungsnummer, die sich in die Einsamkeit des holländischen Fischerdorfs verirrt hatte, das Unglück erwähnt war. Doch hatte er nichts Näheres darüber gelesen.

„Also wie der Ingenieur merkt, daß er bei dem Fest geschnitten wird, da — ob er nun betrunken war, oder wahrscheinlich hat's da zum ersten Mal in ihm angefangen zu rappeln — springt er auf, brüllt den Minister an, er wäre ein Schuft, ein Lügner, ein Schweinehund . . . Ja! ja! Schweinehund hat er gesagt — zum Minister! Das ist ein Kerl! Der hat Knigge's Umgang mit Menschen studiert . . . Also nachdem er sich so Luft gemacht hat, läuft er hinaus in eine Spelunke zu seinen Arbeitern, hat sich mit denen vollgesoffen, und in der Nacht hat er sich mit ein paar Kerlen drangemacht, die Brücke in die Luft zu sprengen. Stellen Sie sich das vor! Das wäre was gewesen. Eine Brücke, die ein paar Millionen gekostet hat, in die Luft zu sprengen, bloß weil man keinen Orden gekriegt hat. Dazu muß man doch schon verrückt sein."

„Aber die Brücke steht doch noch!" sagte der Maler.

„Na, Gott sei Dank, steht sie noch. Der Wirt hat Lunte gerochen und die Kerls bange gemacht, daß Gendarmerie käme. Sie waren schon drauf und dran, die Felsenkammer, wo das Dynamit lagerte, aufzubrechen. Wo Horstmann die Nacht und die beiden nächsten Tage sich herumgetrieben hat, weiß kein Mensch. Am dritten Tage kommt er nach Düsseldorf zurück, in einem Aufzug wie ein Stromer und trifft meinen Alten auf der Straße. Der tut so, als wenn er von nichts weiß, gratuliert ihm zur Einweihung — da fängt mein Horstmann an zu schimpfen. Man hätte ihn betrogen, ein paar hunderttausend Mark hätte er zugesetzt bei dem Bau, der Berliner Geheimrat wäre sein Todfeind, er hätte mit dem Minister ein Komplott geschmiedet, um ihn zu ruinieren. Mein Alter macht große Augen, das können Sie sich wohl denken. Dem war das natürlich scheußlich, daß in seiner Gegenwart so auf diese hohen Tiere geschimpft wurde. Aber Horstmann führte immer tollere Reden. Er hätte an Bismarck telegraphiert, damit der ihm zur Hilfe käme. Und schließlich nimmt er meinen alten Herrn untern Arm und sagt ihm in geheimnisvollem Tone, Bismarck hätte schon zurücktelegraphiert: „Recht muß Recht bleiben. Der Minister kommt ins Loch . . . ." Na, da ging denn meinem Alten endlich eine Stallaterne auf. Er hat zu allem ja gesagt, aber wie der Ingenieur ihn losgelassen hat, ist er gleich zum Geheimen Sanitätsrat Zimmer gegangen und hat den gebeten, er sollte beim Horstmann doch mal vorschaun, mit dem schiens da oben nicht ganz richtig!"

Im Salon werden die Flügeltüren zum Eßzimmer geöffnet, die Leute standen auf und begannen sich langsam hinüber zu begeben.

„Ich glaube, jetzt wird gar gegessen?" sagte Oberstadt wütend. „Ich möchte wissen, wann ich eigentlich spielen soll? Ueberhaupt, wie finden Sie das, eine Gesellschaft zu geben, wenn man einen verrückten Mann im Hause hat?"

„Wo? Hier in der Gesellschaft? Sie, das fehlte noch. Ich glaube, da würden die Leute ausreißen. Gott weiß, wo der steckt. Manchmal, wenn ich durch die Hofgartenstraße gehe, sehe ich ihn am Fenster stehen, da über uns im ersten Stock. Er guckt da heraus mit einem Gesicht — wissen Sie, ich muß immer denken, er sucht sich einen Ast aus, um sich dran aufzuhängen."

„Schrecklich!" sagte der Maler. „Der arme Kerl. Aber am meisten tun mir die Frau und die Tochter leid."

„Die Frau? Glauben Sie, daß die sich grämt? Die wird diesen Winter ebenso viel Gesellschaften geben wie vorigen Winter. Sehen Sie doch nur an, wie vergnügt sie ist!"

Gerade wandte Frau Horstmann, die mit Holleder zusammenstand, ihnen ihr lächelndes Gesicht zu. Sie selbst hatte auch die beiden, in dem halbdunklen Erker vergessenen Gäste bemerkt. Mit schwebendem Gang kam sie auf sie zu.

„Warum sitzen Sie denn gar so verloren hier? Wollen Sie nicht ein Glas Wein trinken?"

Dann wandte sie sich an Oberstadt.

„Ich lasse gleich die Lichter anstecken. Dürfen wir dann hoffen, daß Sie uns eins Ihrer Werke vorspielen? Ich freue mich sehr darauf. Von Ihren Sonaten hat mir Herr Holleder so viel vorgeschwärmt."

„Ich stehe schon längst zur Verfügung, gnädige Frau."

„Gewiß, gewiß!" sagte sie schnell, mit weichem Lächeln ihn karessierend. „Aber ich habe absichtlich gewartet. Erst mußten wir uns ein bißchen ausschwatzen. Ehe wir Frauen nicht unsere kleinen Bagatellen erledigt haben, können wir nicht die Gedanken auf etwas Höheres richten. Also Sie entschuldigen die Verzögerung? Es geschah wirklich nur im Interesse Ihrer Musik."

Sie nickte den beiden leicht zu und ging dann an Holleders Arm zum Eßzimmer.

„Wundervoll!" sagte Oberstadt, ihr nachblickend. „Was sie gesagt hat, war ja alles gelogen. Die pfeift auf meine Sonaten. Tanzmusik wäre ihr zehnmal lieber. Aber wie hat sie das alles zu drehen gewußt! . . . Und sehn Sie nur ihren Gang! Muß man sie nicht für ein junges Mädchen halten? Ja, die hängt ihr Lebelang an diesem Kerl ohne Manieren, verrückt obendrein. Kann mans ihr übelnehmen, wenn sie sich auf eigene Faust amüsiert?"

Aber in der ehrlichen Seele des Malers hatte das Entzücken an der schönen Frau dem Mitgefühl mit dem unglücklichen Ingenieur Platz gemacht. Ihm schwebte das Bild eines alten Mannes vor, der im grauen Zwielicht aus dem Fenster starrt auf die herbstlich kahlen Bäume, dem das Leben nach allen Qualen und Enttäuschungen nur den einen Wunsch gelassen hat, daraus zu scheiden.

„Was ist denn mit Horstmann geschehen?" fragte er. „Hat man ihn ins Irrenhaus gebracht?"

„I das Schönste kommt erst noch," fuhr Oberstadt fort, während sie langsam in ziemlicher Entfernung hinter den andern zum Speisezimmer gingen.

„Als Horstmann nach Hause gekommen ist, hat er sich hingesetzt und einen Artikel für das Düsseldorfer Volksblatt verfaßt. Der Artikel heißt: „Die Luringer Brücke und wer sie gebaut hat." Ich habe leider die Nummer nicht mehr bekommen, aber was da drin gestanden hat, muß ja einfach toll gewesen sein. Den Minister, den Präsidenten, die anderen Baumeister, überhaupt ungefähr die ganze Düsseldorfer Gesellschaft hat er in Bausch und Bogen für Lumpen und Spitzbuben erklärt. Der Artikel hätte ihm sicher ein paar Monate eingebracht. Aber den nächsten Tag, als er sich auch zu Haus wie ein Irrsinniger benommen hat — er hat seine Frau ein bißchen mit dem Messer gekitzelt, glaub ich — da ist denn endlich der Doktor Zimmer mit ein paar handfesten Wärtern gekommen. Die haben ihn eingesackt und nach Grafenberg geschickt . . . . . Aber kommen Sie! Einen Schluck Rüdesheimer, eh man spielt, das ist zwar eigentlich eine Unverschämtheit einem das anzubieten, aber . . ."

Er drängte sich zwischen die anderen an den Tisch, und nachdem er vorsichtig mit seinen delikaten Musikerhänden einige Brötchen ergriffen hatte, verschlang er hastig eins nach dem andern.

Der Maler, dem soeben der Diener ein Glas Wein reichte, stand neben Frau Horstmanns Tochter. Verstohlen betrachtete er sie. Alles an diesem derbgewachsenen Mädchen: die um den Kopf gelegten braunen Flechten, das grüne Tuchkleid, die runden, wenig gepflegten Hände, verriet einfache Natürlichkeit. Ihr Gesicht war von auffallender Kindlichkeit. In ihre Seele hatte das Leben offenbar nur wenig und ganz einfache Dinge eingeschrieben. Zugleich aber hatte das Gesicht einen gewissen mütterlichen fürsorglichen Ausdruck, wie er jungen Menschen eigen ist, die im Zusammenleben mit alten, gebrechlichen Personen aufgewachsen sind. Sie war nicht hübsch, aber dem Maler gefiel sie, im Gegensatz zu diesen künstlich ausstaffierten Salongeschöpfen. Sie erinnerte ihn an die holländischen Fischermädchen, die ihm so oft Modell gesessen hatten.

(Fortsetzung folgt.)

Die russische Bewegung.

Wie die Arbeiterkomödie zu stande kam.

Das schildern in harmloser Weise jetzt mehrere Petersburger Arbeiter, die an dem Besuch beim Zaren teilnehmen mußten. Man höre:

Am Morgen des 1. Februar erschien ein Polizeioffizier in der Fabrik und sprach: „Wir benötigen einen Arbeiter, der Ihre Werkstatt repräsentieren soll. Er muß frommgläubig und unbestraft sein, auch ist es nicht nötig, daß er gar zu gescheit sei; aber er muß gute Absichten haben, nicht zu jung und nicht zu alt sein." Man bezeichnete zwei, mich und einen anderen Genossen. Der Polizist sprach: „Auf ins Kommissariat!" „Aber weshalb denn?" fragte ich, „ich habe Frau und Kinder!" „Fürchte Dich nicht, vorwärts!" Wir brachen auf. Ich hatte Furcht. Aber man war anständig mit uns. Man kleidete uns an, setzte uns mit Polizeiagenten in Schlitten und brachte uns in den Winterpalast. Plötzlich tritt ein General ein; er sah rauh und hart aus. Wir verbeugten uns. Er musterte uns und sprach: „Nun, meine Herren, Ihr werdet die Ehre haben, mit dem Kaiser zu sprechen. Aber: Ihr müßt schweigen. Sobald er Euch gesagt haben wird, was er Euch zu sagen hat, werdet Ihr Euch verbeugen." Dann führte man uns hinaus und setzt uns in Hofequipagen, die uns zum Bahnhof führen. Von hier bringt uns ein Separatzug nach Zarskoje Selo. Man führt uns in einen großen Saal. Wir bleiben stehen, warten und warten. Da geht die Tür auf, der Zar tritt ein, von vielen Offizieren umgeben. Er hält ein beschriebenes Blatt in der Hand. Wir verbeugen uns. Der Zar beantwortet unseren Gruß nicht und beginnt zu lesen. Er liest, daß er uns verzeiht, wahrhaftig! Und dann sagt er: „Jetzt gehet und kehret zu Eurer Arbeit zurück. Gott mit Euch!" Wir verbeugen uns und er geht hinaus. Wir fragen uns, was jetzt geschehen wird. Es geschah nichts mehr. Man führte uns in einen Saal, gab uns zu essen und Schnaps zu trinken. Hierauf brachte man uns nach Petersburg und sodann in unsere Wohnung zurück."

Zum Beweise der Richtigkeit dieser Erzählung fügen wir noch eine zweite an, die anscheinend von einem der „nicht gar zu Gescheiten" abgefaßt ist. Sie lautet:

„Ein Wächter kam zu mir mit dem Befehl, ich solle zum Direktor des Werks in die Werkstatt kommen. Erschrocken, ich wußte nicht, weshalb ich gerufen werde, ging ich in das Hauptkontor zum Direktor des Werkes. Der Direktor befahl mir, die besten Kleider anzuziehen, und sagte noch, daß ich mit dem Aufseher des Werkes in die Stadt fahren werde. Als ich nach Hause gekommen war, erklärte ich meiner Familie, daß ich in die Stadt fahre, ohne zu wissen, warum, auf Befehl des Direktors. Meine Familie nahm erschrocken von mir Abschied. Als ich in das Kontor kam, fuhr ein Wagen mit meinem Begleiter (dem Aufseher des Werkes) vor. Unterwegs sprachen wir kein Wort. Als wir ins Winterpalais gekommen waren, führte man mich durch das Kommandantenportal ins Empfangszimmer, wo man aufschrieb, welchen Standes ich sei, Vor- und Familiennamen, und wo ich arbeite. So wurde ich dreimal angeschrieben, bevor ich in den einen Saal geführt wurde. Im Saal waren Leute aus verschiedenen anderen Fabriken versammelt. Unter ihnen war auch ein Tauber von der Thorntonschen Fabrik. Hier wurden wir zu Paaren aufgestellt. Der Gendarmenobrist befahl, daß wir uns beim Zaren ebenso aufstellen sollen. Die Jüngeren mit den Jüngeren, die Alten mit den Alten. Als wir alle in Reih und Glied standen, kam der Gouverneur Trepow zu uns, begrüßte uns und erklärte, daß wir zum Zaren fo[illegible] werden. Da erschraken wir alle. Neun Wagen standen für uns bereit. Gouverneur Trepow fuhr voraus. Wir fuhren vor dem für den Kaiser bestimmten Vorbau des Bahnhofes vor, wo wir in ein dunkles Vorzimmer traten, und von dort in die prächtigen kaiserlichen Zimmer. Ein Extrazug nach Zarskoje Selo stand bereit. In Zarskoje Selo erwarteten uns sechs Kutschen, die uns zum Palais brachten. Am Portal erwarteten uns sechs Lakaien, die uns in ein dunkles Vorzimmer und von dort in einen hellen Empfangsraum führten. Gendarmenoffiziere stellten uns in Reih und Glied auf und ein Adjutant führte uns aus dem Empfangsraum in einen Saal. Im Saale warteten wir auf den Zaren etwa eine halbe Stunde. Zuerst traten die Minister ein, nach ihnen der Zar. Er begrüßte uns. Wir verbeugten uns tief vor ihm. Ein Blatt Papier in der Hand haltend, blickte er von Zeit zu Zeit auf dieses und hielt uns eine Rede. Nachdem er die Rede beendet hatte, drehte der Zar sich um und ging fort. Uns allen fiel ein Stein vom Herzen und wir fingen an, uns frei zu fühlen. Aus dem Palais werden wir in das Lyceum geführt, wo wir Mittag erhielten. Bei jedem Teller fand eine Karaffe mit gewöhnlicher Wodka und eine Flasche Bier. Beim Essen baten wir, man möchte uns die Rede des Zaren gedruckt übergeben. Bald danach wurden Blätter mit der Rede des Zaren unter uns verteilt. Das Essen schmeckte uns sehr gut, das Bier schien ganz besonders gut. Ich war den ganzen Weg bis Zarskoje Selo in Sorge gewesen, weshalb ich und meine Genossen zum Zaren geführt werden. Zu Hause hatte ich schon gedacht, daß ich nicht mehr zurückkommen werde."

Die erbärmliche Komödie hat sich also tatsächlich so abgespielt, wie in Westeuropa vom ersten Tage an vermutet wurde, zweifellos waren zwischen den gläubigen und nicht zu gescheiten Arbeitern auch noch eine Anzahl verkleidete Polizisten verteilt, die jeden niedergeschlagen hätten, der auch nur eine unvorschriftsmäßige Handbewegung gemacht hätte. Trotzdem scheint sich der Zar vor seinen „Getreuen" noch mehr gefürchtet zu haben, als diese vor ihm, das Wartenlassen und das schnelle Verschwinden läßt darauf schließen. Auch die Komödie wird den Despotismus nicht vom Untergange retten.

Aus Sosnowice

meldet die „Schles. Volksztg." über den Rückgang der Bewegung: In einigen kleineren Betrieben wird wieder gearbeitet. Viele streikende Arbeiter und Führer werden seit drei Tagen in aller Stille verhaftet und nach Petrikau übergeführt. In Slowkow befreite die Menge einen Sosnowicer Gefangenentransport aus den Händen des Militärs. Das Radomer Streikkomitee fordert, laut „Kattow. Ztg.", die Arbeiter zur Streikaufgabe auf, da er als politische Kundgebung seinen Zweck erreicht habe. Die Arbeit wurde überall aufgenommen. In Pabianice schossen Kosaken in einen streikenden Arbeitertrupp; ein Mann wurde getötet, sieben verwundet.

Die Stimmung in Polen.

Aus Warschau wird polnischen bürgerlichen Blättern gemeldet:

Die Nachricht, daß auch der jetzt neuerlich hier ausgebrochene Streik einen allgemeinen Charakter hat, ist unrichtig. Es ist nicht bekannt, von wem diesmal die Losung zur Arbeitseinstellung ausgegangen ist. Die Sozialisten, welche ihre Machtlosigkeit einsehen, haben Unruhen nicht mehr hervorrufen wollen. Die von Polizisten und Soldaten begangenen Greuel- und Mordtaten haben jedermann, sogar die ruhigsten Einwohner erbittert. Die Arbeiter drohen, daß sie den Tod ihrer Genossen rächen werden. Es wird befürchtet, daß es abermals zum Blutvergießen kommt, weil das Militär in seiner Zügellosigkeit gar nicht beschränkt wird.

Der Kohlenmangel und die Preissteigerung der Lebensmittel machen sich bereits sehr fühlbar. Infolge des wiedereröffneten Setzerstreiks hat ein Teil der Blätter abermals zu erscheinen aufgehört. Die Fleischhandelsgesellen sind ebenfalls in den Ausstand getreten. Man glaubt, daß die Kaufläden neuerdings geschlossen bleiben werden. Die meisten Schaufenster werden wieder mit Latten verschlagen.

Russische „Erwägungen".

In den Ministerkomitee-Sitzungen vom 11. und 13. Februar erörterte man die Frage betreffend gesetzliche Maßnahmen im Fabrikwesen, die zur Beruhigung des Industrielebens dringend notwendig erachtet wurden.

Das Ministerkomitee beriet zunächst über die allgemeinen, in allen Fabrikrayons anwendbaren Maßnahmen unter gleichzeitiger Feststellung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Fabrikbesitzern und den Arbeitern von St. Petersburg. Prinzipiell wurde festgestellt, daß die Leitung des Industriewesens die Aufgabe des Finanzministeriums bleibe. Das Ministerkomitee beschloß, den Finanzminister zu beauftragen, unverzüglich (!) folgende Gegenstände zu bearbeiten:

1. Organisationen zur Erledigung der in gewerblichen Anstalten aus Mietverträgen entstehenden Fragen; 2. Verbesserung der Existenzbedingungen der Arbeiter; 3. Aenderung der bestehenden Gesetze für Streiks, die ausschließlich wirtschaftlichen Charakters und nicht mit Ruhestörungen verbunden sind; 4. ärztliche Hilfe für Arbeiter; 5. Umfang der Rechte und Obliegenheiten der Fabrikinspektoren.

Die Bearbeitung der Fragen soll eine besondere Kommission (!) unter Vorsitz des Finanzministers ausführen und dabei Angaben von Fabrikbesitzern und Arbeitern in Betracht ziehen.

Man wird also noch etwas warten können auf die Ergebnisse der „Erörterungen".

Tolstoi unter Zensur.

Graf Leo Tolstoi hat ein neues Drama, „Hinter den Kulissen des Krieges", geschrieben, welches den Krieg auf das schärfste verurteilt. Das Stück sollte am Petersburger Alexandratheater aufgeführt werden. Die Zensur hielt die Aufführung des Dramas jedoch für gefährlich und verbot die Aufführung des Stückes. Tolstoi hat sein Werk nunmehr nach München gesandt und stellt es allen europäischen Bühnen zur freien Verfügung.

Gapons Schicksal.

Wie man der „Leipz. Volksztg." mitteilt, ist Gapon weder verhaftet noch ins Ausland geflohen. Arbeiter und ein Mitglied der russischen Sozialdemokratie führten ihn am 22. Januar fast mit Gewalt vom Kampfplatz weg und versteckten ihn. Man darf annehmen, daß er an dem Ort, an dem er sich jetzt aufhält, in Sicherheit ist. Er hat sich nun ausdrücklich der sozialdemokratischen Partei Rußlands angeschlossen, für die er schon seit längerer Zeit Sympathie hegte.

Sonstige Nachrichten.

Aus Petersburg. Es wird behauptet, daß das Generalgouvernement von Petersburg in allernächster Zeit aufgehoben und General Trepow einen anderen Posten erhalten soll.

Eine Versammlung der Petersburger Rechtsanwälte beschloß, das Zirkular des Barreau, welches den Juristenstreik verurteilt, für ungiltig zu erklären.

Aus Warschau. Wie das Blatt „Nowik" aus Warschau meldet, sind auf der dortigen Zitadelle 40 Personen gehängt worden.

Rußland und Japan.

General Kaulbars hat das Kommando der zweiten Armee übernommen; Chef des Stabes bleibt Russki. Der Petersburger Telegraphenagentur wird aus Sachetun gemeldet:

Erkundigungen durch Freiwillige ergaben, daß die Japaner an vielen Stellen ihre alten Verschanzungen geräumt haben. Vermutlich ziehen sich die Japaner nach der Gegend südlich des Schaho zurück. Die Gefechtstätigkeit beschränkt sich jetzt auf die Beschießung der Befestigungen.

Wenn die Japaner sich zurückziehen, so haben sie irgend etwas gegen die Russen vor.

Berichte aus Liaojang geben an, daß die ganze russische Streitmacht zwischen dem Schaho und Charbin 450,000 Mann beträgt, von denen 280,000 in der Gefechtslinie stehen. Die russischen Verluste bei Heikaontai werden jetzt auf 25,000 Mann geschätzt.

Die Abberufung Karopatkins

scheint nur noch eine Frage weniger Tage zu sein. Unter den von der Großfürsten-Partei zu seinem Nachfolger vorgesehenen Männern nennt man den General Prodekow, der am Chinafeldzuge teilnahm. Das Kommando über die 3. Armee führt zunächst interimistisch General Bilderling, wahrscheinlich aber bald endgiltig.

Gefechte.

Ein Telegramm Ssacharows an den Generalstab besagt: Gestern früh wurde eine Abteilung unserer Jäger bei Nanschinpu, südwestlich von Banjanpanse, von drei japanischen Kompagnien angegriffen. Die letzteren wurden nach erbittertem Kampfe zurückgeschlagen und ließen eine große Anzahl Toter, sowie Waffen und Munition auf dem Schlachtfelde zurück. Auf russischer Seite wurde ein Offizier leicht verwundet. Am 11. d. M. machten die Japaner im Zentrum einen Angriff auf einen von russischen Jägern besetzten Wald, wurden aber zurückgeschlagen.

Bombardement.

Aus dem japanischen Hauptquartier wird gemeldet: Die Russen bombardierten Weitoaschan zweimal und griffen den Ort an, wurden aber zurückgeschlagen. Die Russen fahren fort, die Umgegend von Heikoontai zu verschanzen.

Politische Uebersicht.

Schluß der ersten Lesung. Der Reichstag setzte am Dienstag, dem fünften Tage dieser Verhandlung, die große Debatte über die Handelsverträge fort. Erster Redner war Genosse Herbert-Stettin. Er rückte zwei Gesichtspunkte in den Vordergrund seiner von unserer Fraktion und zum Teil auch von der übrigen Linken mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen: die ungünstige, ja direkt hemmende Wirkung, die die Getreidezölle auf die landwirtschaftliche Produktion ausüben, indem sie durch die bequeme Rente, die sie abwerfen, die Großgrundbesitzer von technischen Verbesserungen abhalten, und die Lage der Landarbeiter, die keineswegs, wie die Agrarier heuchlerisch behaupten, durch die Zollerhöhung verbessert, die vielmehr verschlechtert werden wird. — Als dritter nationalliberaler Redner dieser Debatte sprach sodann der Weingutsbesitzer Blankenhorn, der sich über den süddeutschen Weinbau verbreitete, sich als unbefriedigt ausgab und schließlich doch mit großer Befriedigung die Handelsverträge zur Annahme empfahl. Soweit die leisen und schwäbelnden Ausführungen des württembergischen Ministers von Püschel verständlich waren, schienen sie sich mit dem Vorredner zu beschäftigen. Dann erbaute St. Stöcker mit einer Zollpredigt das Haus. Der abgehalfterte Hofprediger hat in seinen Mußestunden herausbekommen, was eigentlich die Volksseele ist; es ist — man höre — die Landwirtschaft. Nicht so „seelisch" waren die Ausführungen des Ex-Protektors Pücklers, des Staatsbürgers Bruhn: sie scheinen den Zweck zu verfolgen, durch plumpe Schwindeleien an die Adresse der Großgrundbesitzer diese zu einem Probeabonnement auf die ritualmörderische „Staatsbürger-Zeitung" zu verleiten. Abg. v. Gerlach mußte mehrere Minuten gegen das Geheul und Gewieher der Junker kämpfen, ehe es ihm gelang, sich Gehör zu verschaffen; dann aber sagte er unter Bezugnahme auf die kräftige Absage des Dr. Heimann an die Ostelbier den Agrariern recht unangenehme Wahrheiten. Beim Rügen der ungezogenen Zwischenrufe der Junker entfloh dem Grafen Ballestrem das hübsche Wort: „Sie halten mit Ihren Unterbrechungen das Geschäft auf!" — Nach kurzen Auseinandersetzungen des Grafen Posadowsky und des Abg. Gothein (freis. Vgg.) über die Bismarck'sche Handelspolitik und unfreiwillig-humorvollen Reden der süddeutschen Bündler Vogt-Hall und Mittermaier werden die Verträge einer 28-gliedrigen Kommission überwiesen und bis Sonnabend, wo der Zentrumstoleranz-Antrag und die Initiativanträge betr. Arbeitskammern auf der Tagesordnung stehen, die Verhandlungen ausgesetzt. Nach einer Bemerkung des Grafen Reventlow in der Geschäftsordnungsdebatte dürfte es übrigens zweifelhaft sein, ob die Kommission bis dahin fertig ist . . . .

Die Freisinnige Vereinigung, die Partei des „wahren Liberalismus", hat auf ihrem Parteitag durch den Mund ihres Vorsitzenden Schrader das Verhältnis des „wahren" Liberalismus zur Sozialdemokratie folgendermaßen dargestellt:

Wir sind einig darin, daß ein Zusammenschluß aller wahrhaft Liberalen gegen die Reaktion notwendig ist, wir sind einig in der Verurteilung der Ziele der Sozialdemokratie, und einig, daß wir ihnen, wo wir etwas erreichen können, entgegenzutreten haben, einig aber auch darin, daß wir, wenn es gilt, der Reaktion einen Hieb zu versetzen, vor einer Verständigung mit der Sozialdemokratie nicht zurückzuschrecken haben. Ich hoffe, daß ich mit dieser Erklärung dieses Kapitel schließen kann.

Wir fürchten trotz des lebhaften Bravo, das diesen Worten des Herrn Schrader folgte, daß sich seine Hoffnung nicht erfüllen wird. Denn seine „Erklärung" ist so klar wie ein delphisches Orakel. Nehmen wir den praktischen Fall, daß es wieder zu Stichwahlen kommt, in denen der „wahre" Liberalismus zwischen Reaktion und Sozialdemokratie zu wählen hat. In einem solchen Fall können die wahren Liberalen, wie die Statistik des 23. Juni 1903 beweist, „etwas erreichen", nämlich die Wahl des Zollwucherers. Haben sie also in diesem Falle auch in Zukunft der Sozialdemokratie „entgegenzutreten"? Andererseits können sie ja in diesem Falle „der Reaktion einen Hieb versetzen". Haben sie dann also „vor einer Verständigung mit der Sozialdemokratie nicht zurückzuschrecken"?

Die Sozialdemokratie kann inzwischen ihren Kopf besser brauchen als dazu, sich ihn über solch wahrhaft liberales Rätselspiel zu zerbrechen. Trotz aller papiernen Beschlüsse wird der wahre Liberalismus immer unerschrocken genug bleiben, um zur Rettung des Vaterlandes aus der roten Gefahr einen Gang nach dem Wahllokal zu wagen.

Die General-Versammlung der Liberalen schritt auch zur Besprechung der politischen Tagesfragen und kam zu dem glorreichen Resultate, daß in der Stellung zu den Handelsverträgen Differenzen „taktischer Natur" vorhanden seien: aber die „prinzipielle Einigkeit" der Partei, die etwa eine Viertelmillion Wähler„massen" in ihrer Gefolgschaft hat, werde dadurch keineswegs berührt. Es handelt sich auch ja nur um eine „Kleinigkeit": Naumann und Barth lehnen die Handelsverträge ab; aber die Parlamentarier der Partei und die Vertreter von Hamburg, Bremen und Stettin nehmen sie an!

Der Gemeindewahlsieg unserer Genossen in Straßburg, von dem wir gestern bereits Mitteilung machten, wird in der bürgerlichen Presse bejammert. Unser schlesischer Schleifstein läßt sich zum Beispiel aus Straßburg schreiben:

Das Ergebnis der zehn Gemeinderats-Ersatzwahlen rechtfertigt die Voraussetzungen und Befürchtungen. Da die Ordnungsparteien diesmal nicht gemeinsam vorgingen, sondern getrennt marschierten, lag die Gefahr von Ueberraschungen zu Gunsten der Sozialdemokraten nahe. Und so ist es in der Tat gekommen. Definitiv gewählt wurden nur ein Liberaler und zwei Sozialdemokraten; ersterer im Wahlbezirk der Neustadt mit ihrer hauptsächlich aus Beamten und Altdeutschen bestehenden Einwohnerschaft, wo die Sozialdemokraten gar keine Kandidaten aufgestellt hatten. Außerdem sind sieben Nachwahlen notwendig, wobei die Sozialdemokraten zum Teil mit auffallend großen Mehrheiten an der Spitze stehen. Es gibt ihnen dies gute Aussichten für den zweiten Wahlgang, da bei den Gemeinderatswahlen keine Stichwahl stattfindet, sondern vielmehr eine Nachwahl, bei der die relative Mehrheit entscheidet, also derjenige gewählt ist, der einfach die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Danach dürfen sich die Sozialdemokraten, wie die „Südwestdeutsche Korrespondenz" schreibt, für die Nachwahl am nächsten Sonntag Hoffnungen auf weitere vier- bis sechs Siege machen, sodaß sie eventuell vierzehn bis sechzehn Mann stark auf dem Straßburger Rathaus erscheinen. Es wäre dies unter 36 Gemeinderäten allerdings noch nicht die Mehrheit, aber eine bedenklich große Minderheit und um so gefährlicher, als die Sozialdemokraten die gute Eigenschaft haben, bei den Sitzungen stets vollständig zur Stelle zu sein, was von den anderen Parteien nicht in gleichem Maße gilt. Nur ein geschlossenes Zusammengehen der bürgerlichen Parteien bei den Nachwahlen könnte die angedeutete Möglichkeit eines Sieges der Sozialdemokraten abwenden.

Das Freudengeheul über den Rückgang der Sozialdemokratie ist also wieder einem Katzenjammer gewichen. Trotzdem bleiben die Gegner unbelehrbar.

Mit dem starken Anwachsen der Reichsschuld hat sich am Dienstag der weimarische Landtag beschäftigt. Die weimarische Regierung war befragt worden, ob sie ihren Einfluß im Bundesrat dahin geltend machen wolle, daß dem starken Anwachsen der Reichsschuld Einhalt getan werde. Der weimarische Finanzminister Hunnius erwiderte darauf am Dienstag mit der praktisch bedeutungslosen Erklärung, daß das starke Anwachsen der Reichsschuld für die großherzogliche Regierung fortgesetzt Gegenstand der ernstesten Aufmerksamkeit sei; sie unterstütze alle Bestrebungen, die dem Anwachsen der Reichsschuld wirksam entgegenzutreten geeignet sind.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages stellte den Bericht über die Giltigkeitserklärung der Wahl des Abg. Faltin (Ztr.) 7. Oppeln: Pleß-Rybnik fest und beschloß nach längerer Verhandlung, die Wahl des Abg. Malkewitz (kons.) im dritten Köslin-Kolberger Wahlkreise (Köslin-Kolberg-Bublitz) zu beanstanden, sowie den Reichskanzler um Beweiserhebungen für eine Reihe von Punkten zu ersuchen. Die Referate über diese Wahlvorgänge erstatteten die Abgeordneten Haeck (Freis. Vgg.) und von Riepenhausen (kons.).

Die Ungiltigkeit der Malkewitz'schen Wahl ist doch ganz fraglos, zu was sollen da erst die Beweiserhebungen.

Für eine Reichstagsersatzwahl in Thorn-Culm haben die Polen den Abg. Brejski, dessen Mandat die Wahlprüfungskommission als ungiltig erklärt hat, wieder aufzustellen beschlossen.

Mit welchem Mätzchen in der Zirkusversammlung des Bundes der Landwirte die Redner ihr Publikum unterhalten zu können glaubten, zeigt eine Aeußerung in der Rede des antisemitischen Reichstagsabg. Grafen Reventlow. Dieser bedauerte, daß es gelungen sei, Herrn Dr. Oertel mit Hilfe der Regierung im Reichstag durch einen Genossen zu ersetzen, daß die Arbeitskraft Dr. Mottlaus fehle, und daß es erreicht sei, Herrn Dr. Hahn dem Reichstag fernzuhalten. Ich muß sagen: wenn dieser Hahn im Reichstage mehrfach krähte, dann pflegten unsere Gegner hinauszugehen und bitterlich zu weinen. Stürmische Heiterkeit folgte diesen Worten. In diesem Augenblick begannen die Zirkuslöwen zu brüllen, was eine minutenlange Heiterkeit hervorrief.

Des Pückler-Rummel. Mit dem Dreifüßgrafen hat die Berliner Polizei unausgesetzt ihre liebe Not. Seit einigen Wochen benutzten die Freunde Pücklers zur Anzeige ihrer Versammlungen und zur Reklame für das Pücklerblatt „Der Retter aus der Judennot" einen Wagen, der die Straßen Berlins durchkreuzte und allerlei antisemitischen Inschriften und Emblemen geschmückt war. Auf erhobene Beschwerde hin verbot die Polizei das fernere Fahren des Pücklerwagens und so sieht man jetzt Männer mit riesigen Tafeln, auf denen Pückleranzeigen aller Art prangen, die Straßen Berlins durchwandern. Wie wir erfahren, wollen die Anhänger Pücklers demnächst den Phonographen in den Dienst ihrer Agitation stellen. „Pücklerwalzen" können dann in jeden Phonographen eingelegt werden und in jedem Dorfe wird man Gelegenheit haben, für ein Nickelstück eine Pücklerrede zu genießen. Man sieht, die Pücklerleute verstehen sich ebensogut wie ihre Antipoden aufs Geschäft.

Die Hauptreklame für Pückler macht aber jedenfalls die Berliner Polizei, indem sie ihn in Versammlungen nicht mehr sprechen läßt, obwohl eine derartige Maßnahme durch keine gesetzliche Bestimmung gerechtfertigt werden kann.

Eine Mandatsniederlegung mit interessanten Motiven ist im Lippeschen Landtage zu verzeichnen. Dr. Neumann-Hofer, der Vertreter des sechsten Wahlkreises im Lippeschen Landtage, hat laut „Lippescher Landeszeitung" „wegen der Quertreibereien der Gegner, die Beschlußfassung über seine Wahl bis zum Frühjahr hinauszuziehen, um dadurch die Ziegler um ihr Wahlrecht zu bringen", sein Mandat niedergelegt. Zu der bevorstehenden Ersatzwahl ist er von der Parteikonferenz des sechsten Kreises und vom Parteivorstand der Lippeschen liberalen Volkspartei einstimmig wieder als Kandidat aufgestellt worden.

Ausland.

Zwischen Oesterreich und Ungarn. Im österreichischen Abgeordnetenhause kam es bei der Fortsetzung der Budget-Beratung zu einer wichtigen Debatte. Abg. Hagenhofer (Zentr.) wünscht die schnellste Regelung des Verhältnisses Oesterreichs zu Ungarn. Wenn ein dauernder Ausgleich unmöglich sei, sei die sofortige Trennung der beiden Staaten vorzuziehen.

Ministerpräsident Frhr. von Gautsch erörtert die Staatsfinanzen, welche trotz der vorhandenen Besserung der größten Vorsicht bedürften. Auf die in der Programmrede angedeuteten ungelösten Fragen übergehend betont der Minister, die Regierung wünsche nicht die Lösung einzelner Fragen zur Zufriedenheit der einen und zur Unzufriedenheit der anderen Partei, sondern eine beide Teile befriedigende Lösung. Bezüglich des Verhältnisses zu Ungarn erklärt der Ministerpräsident, er wolle dieser Frage keineswegs ausweichen, er werde sich aber darauf beschränken, nur den Standpunkt der österreichischen Regierung festzustellen. Die Regierung stehe auf dem Boden der Gemeinsamkeit, wie sie das Ausgleichsgesetz von 1867 gesetzlich festgesetzt habe. Die Regierung betrachte es als ihre Pflicht, alle Abmachungen und Vereinbarungen zwischen Oesterreich und Ungarn loyal durchzuführen, sollten jedoch bei der Durchführung neue Bedingungen gestellt oder die von Oesterreich als gemeinsam betrachteten Institutionen in ihrem Wesen berührt werden, dann werde die österreichische Regierung in vollem Einvernehmen mit dem Parlament und der öffentlichen Meinung in aller Ruhe, aber energisch die österreichischen Interessen vertreten. Das Haus werde sich überzeugen, daß die Regierung bei dieser Wahrung sich auf Worte nicht beschränken werde, sondern energisch eintreten werde für die Großmachtstellung der Monarchie, welche das Ergebnis eines Jahrhunderte langen Prozesses sei, für die Generationen ihr Bestes geopfert zu haben, die von den europäischen Staaten als Notwendigkeit anerkannt werde und welche eine Bürgschaft des Friedens und nicht zuletzt eine sichere Gewähr für den Wohlstand der Bürger beider Staaten sei. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Risse sollen also verkleistert werden, wie ja das ganze Oesterreich seit Jahrzehnten immer verkleistert wird.

Zwischen Roosevelt und der Senatsmehrheit in Washington ist ein Konflikt ausgebrochen. Der Präsident will die Schiedsverträge in der Form, wie sie von dem Senat abgeändert worden sind, den Ländern, mit denen verhandelt wurde, nicht überreichen lassen. Staatssekretär Hay hat auf verschiedene Anfragen von seiten der Presse eine Antwort erteilt, die im wesentlichen besagt: Der Präsident erkennt in der Angelegenheit der Schiedsverträge, wie sie vom Senat am Sonnabend beschlossen sind, das Recht des Senates an, einen Vertrag durch direktes Votum oder indirekt durch Abänderungen, die mit dem Geist und Zweck des Vertrages unvereinbar sind, zu verwerfen. Der Präsident betrachtet jedoch das vom Senat angenommene Amendement als einen Schritt rückwärts in der Sache des Schiedswesens und ist daher nicht in der Lage, die Verträge in der abgeänderten Form den Ländern, mit denen verhandelt worden ist, zu übermitteln.

Der Senat nahm mit 50 gegen 9 Stimmen ein Amendement zu den Schiedsverträgen an, nach welchem diese Vereinbarungen als Verträge statt Abkommen bezeichnet werden. Präsident Roosevelt hatte sich gegen das Amendement ausgesprochen. Hierauf ratifizierte der Senat alle Schiedsverträge der Union mit fremden Staaten. Privatnachrichten aus Washington zufolge erregt nicht nur die enorme Majorität gegen Roosevelt, sondern ganz besonders der Umstand, daß die intimsten Anhänger Roosevelts, wie Lodge, Spooner und Foraker, sich auf der Seite der Opposition befinden.

Auf dem Festmahl anläßlich des Geburtstages Lincolns hielt Präsident Roosevelt eine Rede, in der er die Rassenfrage behandelte. Der Präsident befürwortete die Gleichheit der Behandlung für jedermann, welcher Farbe er auch sei, und forderte den Norden auf, Freundschaft für den Süden zu betätigen, namentlich angesichts der gegenwärtig schwierigen Lage des Südens, für die dieser nicht allein verantwortlich sei. Schließlich sprach sich der Präsident gegen das Lynchen aus und empfahl, daß den Bestrebungen der schwarzen Bevölkerung freie Bahn geschaffen werden möge.

Bei Menelik. Aus Addis Abeba, 12. Februar, wird gemeldet: Die außerordentliche deutsche Gesandtschaft unter Führung des Geheimen Legationsrats Dr. Rosen ist gestern hier angekommen und unter Eskorte von abessinischem Militär nach dem Palast geleitet worden, wo sie vom Negus Menelik empfangen wurde.

In Portugal haben am Sonntag die allgemeinen Wahlen zur Deputiertenkammer stattgefunden. Es wurden in der großen Mehrheit Ministerielle gewählt. In der Stadt Lissabon wurde die Mehrheit der Stimmen für die republikanischen Kandidaten abgegeben, da aber die Stimmen der Vorortgemeinden dazu zu zählen sind, fällt der Sieg den zur Regierungspartei und zur Opposition gehörigen Monarchisten zu.

Verminderung des englischen Marinebudgets. Dem Daily Telegraph zufolge erwartet man für das nächste Jahr im britischen Marinebudget erhebliche Einschränkungen. Das Blatt glaubt zu wissen, daß der Neuban von nur einem Panzerschiff und drei Kreuzern gefordert und daß es dadurch möglich sein würde, das Budget um mehr als 3 Millionen herabzumindern. — Das Ganze ist wohl als eine neue Desavouierung des tapferen Arthur Lee aufzufassen.

Ein deutsch-amerikanischer Handelsvertrag? Dem „Berl. Tagebl." wird aus New York gemeldet: Der New York Herald" publiziert eine längere Washingtoner Depesche, in der festgestellt wird, daß Deutschland bessere diplomatische Beziehungen als jedes andere Land zu Amerika unterhalte. Die Enthüllung der Friedrichs-Statue erfolgte auf eine für Berlin entschieden erfreuliche Art. Darauf habe der Kaiser den Professorenaustausch angeregt, und Roosevelt sei auf den Vorschlag bereitwilligst eingegangen. Deutschland unterstütze Amerikas Politik der offenen Tür in Ostasien. Der Kaiser verpasse keine Gelegenheit, den Amerikanern Freundschaftsbeweise abzustatten. Die Ozeanwettfahrt sowie die Einladung der amerikanischen Geistlichkeit zur Domeinweihung in Berlin seien die jüngsten derartigen Vorgänge. Das Wichtigste sei aber die Tatsache der Ankündigung der deutschen Regierung, statt der Etablierung von Kampfzöllen den Abschluß eines amerikanisch-deutschen Reziprozitätsvertrages anzustreben.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 15. Februar.

* **Der Wolf im Schafstall.** Großes Malheur ist den „Führern" der freisinnigen Volkspartei in Breslau widerfahren. Noch sind sie ganz außer Atem. Das Ereignis war aber auch gar zu schreckhaft. Kommt da der Pastor a. D. Doktor Friedrich Naumann nach Breslau, um zwei Vorträge zu halten. Der Schriftführer der Gesellschaft für Soziale Reform, Rechtsanwalt Dr. Neisser, der von den Freisinnigen als Stadtverordneter I. Klasse gewählt ist, hat sich erkühnt, Einladungen zu den Naumann-Versammlungen zu verschicken. Daraufhin läßt nun die „Bresl. Zeitung" des Dr. Oehlke folgendes Donnerwetter los:

Zur Aufklärung. Als hier die sogenannte „Gesellschaft für soziale Reform" unter der Aegide Sombarts gegründet wurde, ließ sich ungefähr voraussehen, wie die Sache auslaufen würde. Es ließ sich voraussehen, daß aus dieser Schwarmgeisterei eine Fraktionspolitik national-sozialen Zeichens herauskommen würde. Das ist denn auch richtig geschehen, und die Herren halten die Zeit für gekommen, die Maske abzuwerfen. Sie tun das in halb drolliger, halb dreister Manier. Sie versenden gemeinsam für die „Gesellschaft für soziale Reform" und für den „Liberalen Wahlverein" **an die Vorstände der Vereine der Freisinnigen Volkspartei** und der **liberalen Bezirksvereine** Einladungen zu zwei Naumann-Versammlungen mit der sonderbaren Zumutung, diese weiter zu verbreiten. Der Bezirksverein der Nikolai-Vorstadt hat dies denn auch leider (!) getan. In den anderen Kreisen wird man sich hoffentlich (!) bewußt sein, daß die Freisinnige Volkspartei bisher noch **nicht eine Filiale der Nationalsozialen** ist, die in ihrem Organ der „Hilfe" an nichtsnutzigen Angriffen gegen unsere Partei das Menschenmöglichste geleistet haben und noch leisten.

Und gar das Zentralorgan der einzig wahren freisinnigen Volkspartei. Da hat sich das Breslauer Donnerwetter noch etwas ausgiebiger entladen. Wir lesen nämlich in der „Freien deutschen Presse":

Die „Freisinnige Vereinigung" in Breslau sucht auf eigentümliche Weise Mitglieder einzufangen. Die „Gesellschaft für soziale Reform, Ortsgruppe Breslau" hat im Januar eine Versammlung veranstaltet, in der neben dem bekannten Herrn Brust das **ehemals konservative, antisemitische, jetzt nationalsoziale Mitglied** der Freisinnigen Vereinigung, Herr v. Gerlach, als Vortragender auftrat. In dieser Woche veranstaltet dieselbe Gesellschaft wieder eine öffentliche Versammlung, in der das **ehemals antisemitische, nationalsoziale Mitglied** der Freisinnigen Vereinigung D. Friedrich Naumann über „Großbetrieb und persönliche Freiheit" sprechen wird. Der Schriftführer dieser Gesellschaft, der auch Vorstandsmitglied der Freisinnigen Vereinigung in Breslau ist, sendet nun z. B. an die Vorstände der Vereine der Freisinnigen Volkspartei je ein Paket gedruckte Einladungen zur Verteilung an die Mitglieder.

Am Tage darauf veranstaltet die „Freisinnige Vereinigung" unter der Firma „Liberaler Wahlverein" eine zweite Versammlung, in der Herr D. Friedrich Neumann über „Vaterland und Freiheit" sprechen soll. Zugleich mit den Einladungen der „Gesellschaft für soziale Reform" versendet nun dasselbe Vorstandsmitglied des „Liberalen Wahlvereins" je ein Paket gedruckte Einladungen für die Mitglieder der Vereine der „Freisinnigen Volkspartei." Da die ganze Freisinnige Vereinigung in Breslau nur ein paar Dutzend Mitglieder hat, so verlangt sie von unseren Vereinen, daß diese für sie Propaganda machen. — Wir erinnern uns sehr wohl, daß die Freisinnige Vereinigung im Anfang ihrer Tätigkeit dasselbe Manöver von Breslau aus z. B. in Mittelschlesien gemacht hat. Dabei war ihre politische Unkenntnis so groß, und ihre politische Personalkenntnis so gering, daß sie sich sogar an die Führer unserer Partei in den betreffenden Provinzkreisen mit ihren Werbungen gewandt hat. Wir können zahlreiche solche Herren namhaft machen. Und das nennt man dann, die „Einigkeit der Liberalen" fördern wollen.

Wie kann aber auch der Wolf Naumann es wagen, in die Schafherde der Freisinnigen Volkspartei einzubrechen. Die guten Tierchen sind doch so schön abgeschlossen von der Außenwelt und nun sollen sie gar noch von den Freisinnigen Vereinigungsmenschen weggelapert werden. Na, das könnte was Schönes werden! Da ginge das $1^1/_2$ Dutzend Volksparteiler schließlich noch ins Lager der Nationalsozialen über! Und so etwas können sich die freisinnigen Häupter doch nicht gefallen lassen. Eine offene Aussprache riskiert bekanntlich nur die Sozialdemokratie!

* **Vom Breslauer Wohnungselend** veröffentlichten wir vor kurzem nach der Untersuchung des Ortskrankenkassenverbandes einige besonders krasse Fälle. Jetzt kommt einer der Kranken, der im Hause Uferstraße 10 wohnt und ersucht uns, richtigzustellen, daß er Familienvater sei, seine Familie aus 8 (nicht aus 9) Personen bestehe und er außer 4 Betten noch eine Wiege besäße. Außerdem wünscht er hervorgehoben zu haben, daß die Wohnung nicht feucht sei. Der Wirt hat ihm wegen der „Volkswacht"-Notiz an der er natürlich unschuldig ist, die Wohnung gekündigt!

* **Ein kommunales Arbeiter-Sekretariat** zu errichten, hat die Stadt Liegnitz beschlossen. Diese „Rechtsauskunftsstelle" soll mit dem „Zentral-Arbeits-Nachweis und Wanderer-Arbeitsstätte" verbunden werden. Um nicht die Verantwortung für falsche Auskünfte übernehmen zu müssen, will die Stadt nur eine Subvention von 600 Mark jährlich bewilligen. Da kann die Auskunftsstelle allerdings gut funktionieren.

* **Korfanty soll wiedergewählt werden.** Wenigstens haben, nach bürgerlichen Meldungen, die Vertrauensleute der nationalpolnischen Partei Oberschlesiens beschlossen, an seiner Kandidatur festzuhalten. Es wird behauptet, daß Korfanty, ohne die Ungiltigkeitserklärung durch den Reichstag abzuwarten, sein Mandat niederzulegen beabsichtige.

* **Beim Abbruch des Hauses** Friedrich-Wilhelmstraße 34 (St. Petrus) beschäftigten die beiden Abbruch-Unternehmer Riebusch und Fuchs Bauarbeiter zu einem Stundenlohn von 28 Pf., während der tarifliche Mindestlohn 32 Pf. pro Stunde beträgt. Der Bevollmächtigte des Bauhilfsarbeiter-Verbandes wandte sich an die Unternehmer, um die tarifliche Bezahlung durchzuführen. Die Unternehmer ließen sich dazu erst nach Widerstreben herbei, entließen dann aber die beschäftigten Arbeiter, um andere anzustellen. Da das eine offene Verhöhnung der Arbeiter darstellt, so ist die Bausperre über den Bau verhängt worden. Bauhilfsarbeiter mögen sich danach richten.

* **Verband der Lithographen und Steindrucker.** Gestern fand im Gewerkschaftshause die Generalversammlung statt. Es wurde zunächst die Abrechnung vom letzten Quartal verlesen. Die Einnahme betrug 1213 Mk. und ist somit das günstigste Resultat, das seit Bestehendes Verbandes am Orte erzielt wurde. An Arbeitslosenunterstützung wurde 183.40 Mk., an Reiseunterstützung 154 Mk. gezahlt. 720 Mk. konnten der Hauptkasse überlandt werden, während dies bisher im Höchstfalle nur immer 500 Mk. waren. Die Mitgliederzahl beträgt 149. Es erfolgte hierauf die Abrechnung über den Streik von Mamlok u. Söhne. Der Streik begann am 16. Mai, wo zehn Kollegen in den Ausstand traten. Ein direkter Erfolg war nicht zu erzielen und am 1. Oktober trat der letzte der Streikenden in anderweitige Beschäftigung. An Streikunterstützung wurden 1963.80 Mark gezahlt. Es sind ferner daselbst zwei Steinschleifer gemaßregelt worden. Diese gehörten dem Verbande der Handels- und Transportarbeiter an und wurden von dort unterstützt. Für die Allgemeinheit ist der Streik jedoch nicht nutzlos gewesen. Die Maschinenmeister brauchen jetzt nur noch eine Maschine zu bedienen und erhalten 26 Mark Wochenlohn. Ueberhaupt arbeiten die Arbeitswilligen dort jetzt unter den besten Arbeitsverhältnissen am Orte. Es empfiehlt sich nun die Aufhebung der Sperre aus taktischen Gründen, die auch beschlossen wurde. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß eine öffentliche und elf Mitgliederversammlungen stattfanden. Ferner zehn Geschäftsversammlungen, worunter zwei für Lichtdrucker. In siebzehn Fällen wurde Mitgliedern Auskunft über bestehende Arbeitsverhältnisse erteilt. Das Jahr zeichnete sich leider auch durch eine starke Arbeitslosigkeit aus; für 261 Wochen sind beitragsfreie Marken geklebt worden. Bei der vorgenommenen Vorstandswahl wurden gewählt die Kollegen Nitschke als Vorsitzender, Globig als Kassierer, Böhm als Schriftführer, Kluge und Hentschel als Beisitzer, Hahn, Köhler und Karl Hoffmann als Revisoren und Köcher als Bibliothekar. Als Kartelldelegierter resp. Stellvertreter wurden gewählt die Kollegen Kausch und Gitschel gewählt.

Neueste Nachrichten.

Die Ersatzwahl in Hof,

die wegen der bekannten Verurteilung des nationalliberalen Abgeordneten Münch-Ferber stattfinden mußte, ist am gestrigen Dienstag vorgenommen worden. Es wurden bisher gezählt für

Geißler (sozialdemokratisch)	10,041	Stimmen,
Goller (freisinnig)	10,042	„
Metzger (agrarisch)	2863	„

Bei der letzten Hauptwahl im Jahre 1903 wurden abgegeben:

10,678	sozialdemokratische,
7,573	nationalliberale,
4,162	freisinnige und
245	Zentrumsstimmen.

In der Stichwahl wurde dann der nationalliberale Münch-Ferber mit 12,605 Stimmen gegen 12,295 Stimmen, die auf den Genossen Stücklen fielen, gewählt.

Da das Ergebnis noch kein endgiltiges ist, steht zu hoffen, daß wir unsere alte Stimmenzahl wieder erreichen.

Zum Ruhrstreik.

Die Siebenerkommission hatte an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem sie ihn bittet, nachdem die Wiederaufnahme der Arbeit sozusagen auf der ganzen Linie erfolgt sei, die Bergbesitzer zu den in Aussicht gestellten weiteren Verhandlungen geneigt zu machen. Darauf ist folgende Antwort des Reichskanzlers eingegangen:

„Herrn Effert, Altenessen. Gern habe ich davon Kenntnis genommen, daß die Bemühungen, dem Ausstand der Bergarbeiter mit seinen verderblichen Wirkungen ein Ende zu bereiten, Erfolg gehabt haben. Ich habe den Herrn Handelsminister gebeten, **nunmehr auf Grund Ihres Telegramms das Weitere zu veranlassen.**

Maßregelung in Sicht!

In der Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde die Tatsache zur Sprache gebracht, daß der Kurator der Universität Bonn, Geheimrat von Rottenburg, sich an einem Aufrufe zur Unterstützung der streikenden Bergleute beteiligt hatte. Minister Studt erklärte, die Erwägungen darüber seien noch nicht abgeschlossen, inwieweit dem Kurator von Rottenburg disziplinarisch Vorhaltungen aus diesem Anlasse zu machen seien.

Der erste Sozialist in Ungarn.

Bei der Stichwahl im Szegvarer Wahlbezirk wurde mit Wilhelm Mezöfi, der eine Mehrzahl von 26 Stimmen erhielt, der erste sozialistische Abgeordnete in das ungarische Abgeordnetenhaus gewählt.

Mezöfi steht außerhalb des Parteiverbandes der ungarischen Sozialdemokratie.

Meteorologische Beobachtungen

14. u. 15. Febr.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr
Luftwärme (C.)	— 2,6	— 4,7	— 1,8
Luftdruck bei 0° (mm)	758,2	756,4	755,0
Dunstdruck (mm)	1,9	2,2	4,0
Dunstsättigung (pCt.)	50	69	100
Wind (0—12)	SW 2	S 2	SW 1
Wetter	heiter	heiter	bedeckt

Standesamtliche Nachrichten.

Eheschließungen. III. Gasanstaltsarbeiter Richard Schubert, kath., Gellhornstraße Nr. 23, mit Pauline Müller, evang., Scheitnigerstraße 45. — Handlungsreisender Albrecht Pick, kath., Crefeld, mit Friederike Wolf, jüd., Michaelisstraße 65. — Tischler Alfred Schander, evang., Schießwerderstraße 43, mit Klara Schubert, evang., Schießwerderstraße 16a. — Eisendreher Felix Dulowski, kath., Anderssenstraße 8, mit Stanislawa Wozniak, kath., Neue Junkernstraße 21. — Arbeiter Gustav Blech, evang., Weinstraße 26, mit Elfriede Obst, evang., Berl. Niedergasse, Jeglinsky-Haus I. — Amtsgerichtsrat Hermann Than, evang., Bromberg, mit Helene Gutsche, evang., Monbauptstraße 18. — Eisenbahn-Packmeister Augustin Friese, kath., Liegnitz, mit Marie Kobelt, evang., Hirschstraße 33. — Arbeiter Paul Dannmann, kath., Uferstraße 13, mit Bertha Schädel, evang., ebendaselbst. — Schlosser Josef Kürschner, kath., Vinzenzstraße 24, mit Emma Weiß, evang., ebendaselbst. — Schiffseigentümer Hermann Seeger, evang., Zebdenik, mit Karoline Wagner, evang., Hirschstraße 62. — Maurer Paul Thon, kath., Michaelisstraße 17, mit Anna Kotzerke, kath., Matthiasstraße 121. — Arbeiter Arthur Stibahl, evang., Brigittenthal 22, mit Gertrud Kutsche, evang., ebendaselbst. — Tischler Fritz Pietsch, evang., Mittelfeld, Brunos Ruh, mit Helene Opitz, evang., Waterloostraße 13. — Hilfsmonteur Paul Rieger, kath., Roßgasse 8, mit Emma Janke, evang., Ottostraße 11. — Tischler Willy Schmidt, kath., Rosenstraße 18c, mit Helene Kitta, geb. Lange, evang., ebendaselbst. — Fleischer Johann Thiel, kath., Friedensburgstraße 1, mit Martha Zeise, kath., Lederose. — Schmiedemeister Hermann Genilke, evang., Matthiasstraße 81, mit Agnes Kinne, kath., Ohlau. — IV. Rauchwarenhändler Heymann Glogauer, jüd., Kaiser Wilhelmstraße 53, mit Klara Schnapp, geb. Wiener, jüd., Elsasserstraße Nr. 24. — Schuhmacher Karl Kiesert, evang., Wintzig, mit Agnes Menzel, evang., Luisenstraße 27. — Bäckermeister August Schubert, evang., Kleine Fürstenstraße 9, mit Klara Hackauf, kath., Viktoriastraße 25. — Apothekenbesitzer Dr. Siegfried Jablonski, jüd., Scheitnigerstraße 28, mit Eva Wolf, jüd., Kaiser Wilhelmstraße 10. — Vizefeldwebel im 11. Grenadier-Regt. Richard Bebenrot, evang., Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 1, mit Elfriede Grenlich, evang., Seydlitzstraße 6. — Architekt Max Mathis, jüd., Augustastraße Nr. 28, mit Hedwig Bloch, jüd., Goethestraße 17. — Kaufmann Robert Kulcke, evang., Schwerinstraße 15, mit Katharina Künzel, evang., Viktoriastraße 91.

Geburten. I. Arbeiter August Jokiel, kath., S. — Schmied Heinrich Sieding, kath., S. — Arbeiter August Pechmann, evang., T. — Arbeiter August Jentsch, evang., S. — Schneider Wilhelm Hübner, kath., S. — Blockmacher August Reimelt, evang., T. — Schlossermeister Maximilian Ohlenschläger, kath., T. — Zimmermann August Franke, evang., T. — Bäcker Gustav Woitas, evang., S. — Kaufmann Alfred Schönfeld, jüd., T. — Hilfsbremser Paul Klein, evang., S. — Hilfsweichensteller Paul Förster, kath., T. — Heizer Julius Bartsch, evang., S. — Zimmermann Wilhelm Kansog, evang., T. — Kapellmeister Karl Gumprecht, evang., T. — Maurer Julius Barnert, kath., S. — Konditor Paul Ratzke, kath., S. — Motorwagenführer Johann Leschik, evang., T. — Friseur Michael Zippwald, evang., T. — Arbeiter Ernst Trautmann, evang., T. — Versicherungsbeamter Hermann Weiß, evang., S. — Arbeiter Wilhelm Fuchs, evang., S. — Kutscher Gustav Schütz, evang., S. — Schlosser Paul Geppert, evang., S. — II. Maschinenarbeiter August Reim, evang., T. — Arbeiter Wilhelm Kinne, kath., Zwill. (S. u. T.) — Maurer Paul Klimpe, kath., S. — Zimmermann Hermann Zimmer, kath., S. — Schriftsetzer Robert Haschke, kath., S. — Schaffer Ferdinand Fiebach, evang., T. — Uhrmacher Eugen Klopsch, evang., S. — Kgl. Oberleutnant Hans Rödiger, evang., S. — Tischler Georg Michalowski, kath., S. — Monteur Johannes Spatz, evang., T. — Lackierer Max Sobanski, evang., T. — Kgl. Hauptmann und Adjutant der 11. Feld-Art.-Brig. Ludwig Lueder, evang., T. — Dekorations-Maler Rudolf Knopps, kath., T. — Schmied Max Nitschke, evang., S. — Buchhalter Friedrich Witt, evang., S. — Klempnermeister Paul Schmolke, evang., T. — Güterbodenvorarbeiter Karl Kania, kath., S. — Arbeiter Heinrich Stolper, evang., T. — Agent Emanuel Fink, jüd., T. — Schneider Paul Schubert, kath., S. — Arbeiter Reinhold Ullrich, kath., S. — Arbeiter Robert Scheundel, kath., T. — Milchhändler Max Neuendorf, evang., T. — Haushälter Heinrich Pietsch, evang., S. — Schlosser Paul Brühl, evang., S. — Kochmacher Wilhelm Klinge, evang., S. — Arbeiter Paul Baum, evang., S. — Kaufmann Hermann Thomas, evang., S. — Tischler Fritz Hielscher, evang., S. — Bureaugehilfe Fritz Winkler, kath., T. — Postschaffner Max Weiß, evang., T. — III. Kaufmann Franz Smodlibowski, kath., T. — Gärtner Paul Lattner, evang., S. — Hausdiener Ernst Kleinert, evang., T. — Arbeiter August Nitschke, evang., T. — Kutscher Wilhelm Ziegler, evang., S. — Bierhändler Emanuel Pischel, kath., S. — Steingutdreher Paul Henschel, evang., T. — Arbeiter Max Berndt, kath., S. — Brauer Ernst Gellrich, evang., S. — Arbeiter Karl Griebsch, evang., T. — Arbeiter Franz Poprawe, kath., S. — Maurer Robert Nitschke, evang., T. — Telegraphen-Vorarbeiter Theodor Rammitz, kath., T. — Haushälter Paul Kavelle, evang., T. — Tischler Karl Bratke, evang., S. — Maurer Paul Zebler, ev., T. — Arbeiter Albert Prall, evang., T. — Tischler Karl Kränzel, evang., S. — Vollziehungsbeamter Friedrich Jaschik, ref., T. — Arbeiter Heinrich Böhm, kath., S. — Handlungsreisender Ernst May, kath., T. — Haushälter Emanuel Schwope, kath., T. — Maurer Paul Wnitke, evang., T. — Laternenwärter Paul Steuer, kath., T. — Maurer Paul Seidel, evang., T. — Arbeiter Franz Krüger, kath., S. — Buchbinder Oskar Botur, evang., S. — Schneider Wilhelm Gauter, evang., S. — Maurer Josef Meißner, kath., S. — Schieferdecker Robert Vogel, evang., T. — Telegraphenleitungsaufseher Karl Jäckel, kath., S. — Arbeiter Rudolf Wittig, evang., S. — Arbeiter Gustav Kühn, kath., T. — Bademeister Bruno Glogner, evang., T. — Bierverleger Albert Bahl, kath., S. — Maschinenarbeiter Franz Jarmuzewski, kath., S. — Haushälter Karl Knerlich, evang., S. — Droschkenbesitzer Gottlieb Boguntke, evang., S. — Tischler Franz Krüger, kath., T. — Kunsttischlermeister Gustav Schellenz, evang., S. — Arbeiter Wilhelm Kriegel, evang., T. — Handlungsgehilfe Fritz Klar, evang., S. — Schneidermeister Johann Kosmala, altluth., T. — Bürstenmachermeister Bruno Finger, evang., S. — Arbeiter Theodor Schätzke, kath., T. — Pens. Lokomotivführer Bernhard Schmidt, kath., T. — Töpfer Adolf Hoffmann, kath., S. — Klempnermeister Emil Aust, evang., T.

Wähler- und Volks-Versammlung

Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 6 Uhr

im Gewerkschaftshause, Margaretenstraße 17.

Tages-Ordnung:

Die Handelsverträge und die Arbeiten des deutschen Reichstages.

Referenten die Reichstags-Abgeordneten

Franz Tutzauer und Eduard Bernstein.

Freie Diskussion. Entree 10 Pfg.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Einberufer.

Stadt-Theater.
Mittwoch: „Die neugierigen Frauen."
Donnerstag: „Florian Geyer."

Lobe-Theater.
Donnerstag: „Das Schwalbennest."

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Mittwoch: Gewöhnliche Vorstellung: „Phädra."

Palmengarten
Dir.: H. Krsinsik.
Die weltberühmten
Topfschläger.
Dazu die brillanten Oberbayrischen Zugvögel.
Entree frei.

Geübte Oberhemdenplätterinnen
auf neu, finden dauernde und lohnende Beschäftigung. 284
Offerten u. H. an die Exped. d. Ztg.

Verkaufe sehr billig:
Bettstellen, Schränke, Vertikos, Garnit. Sofas, Spiegel, Tische, Stühle, Küchenmöbel. 24
Przytek, Friedrichstr. 94, pt. Ecke Gräbschenerstr.

Zeltgarten.
Dir. H. Krsinsik.
Weltstadt-Programm
11 erstklassige Nummern.
Entree 30 Pfg. Res. 50 Pfg.
Donnerstag, den 16. Februar:
Vollständig neues Programm 287

Konzerthaus „Flora"
Dir.: H. Krsinsik.
Italienische Gesellschaft „Volterra".
Entree frei!
Donnerstag d. 16. Februar:
Neue Kapelle
und großes 288
Bockbierfest
mit Geschenkverteilung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Zweigverein Breslau.
Freitag, den 17. Februar 1905, abends 8 Uhr
im Zimmer 2 des „Gewerkschaftshauses":
Sitzung
der Mitglieder der Kranz-Spende-Vereinigung.
Jedes Mitglied, welches Beiträge zu dieser Einrichtung zahlt, wird dringend ersucht, zu erscheinen. 283
Die Lokalverwaltung.

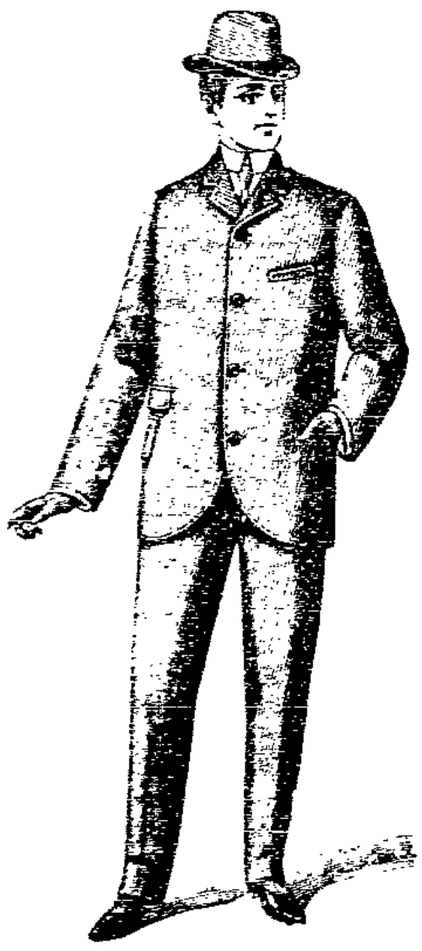
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Zweigverein Breslau.
Um jegliche Irrtümer zu vermeiden, machen wir hierdurch abermals bekannt, daß die Versammlung diesen Donnerstag
ausfällt.
282 Die Lokalverwaltung.

Trauerhüte in grösster Auswahl **A. Rosenthal,** Blücherplatz 5. [31

1 gebr. Sing.-Masch. f. 20 Mk. b. Rosenfeld, Neumarkt 1. [179

Verkauf
Billig Möbel, Schränke, Sofas, Vertikos, Bettstellen, Waschtische u. and. 285
Weber, Friedrichstrasse No. 61.

Gebr. Hobelbänke, jed. Posten Werkzeug, Kinderwagen kauft **Wahler,** Gartenstr. No. 36. 28



Konfirmations-Anzüge

in Kammgarn, Satin, Cheviot etc., schwarz oder blau,
in bekannt bester Ausführung
10,50, 12,—, 15,—, 18,—, 20,—, 22,—, 25,— und höher.

S. Guttentag,

Etablissement eleganter Garderoben für Herren, junge Herren u. Knaben.

Altbüßerstraße Nr. 5, I. Etage
Ecke Ohlauerstrasse. 270

Verantwortl. Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinzielles" und die Inserate: Robert Albert; — für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt" Paul Löbe. Redaktion u. Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oscar Schütz; — Druck von Th. Schatke G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Beilage zu Nr. 39 der „Volkswacht“.

Donnerstag, den 16. Februar 1905.

Nach dem Streik.

Die Macht der Organisation hat sich unter den schwierigsten Umständen wirksam erwiesen. Trotz aller Erbitterung und alles anfänglichen Widerstrebens haben die Bergarbeiter schließlich doch der Parole ihrer Führer Folge geleistet. Auch die Arbeiter des Essener Reviers nehmen die Arbeit einmütig wieder auf. Am Sonntag hat die Siebener-Kommission mit 60 Delegierten des Essener Reviers nochmals verhandelt, und es ist ihr gelungen, diese zu überzeugen, daß die geschlossene Einheit der organisierten Bergarbeiter auf die Dauer größere Garantien für die Durchsetzung ihrer Forderungen biete, als die planlose Fortsetzung des Streiks. Die Delegierten beschlossen dann einstimmig, die Arbeit wieder aufzunehmen. Um weiter der Organisation die Herrschaft zu sichern, werden in der nächsten Zeit Mitgliederversammlungen abgehalten werden, zu denen Unorganisierte keinen Zutritt haben.

Die Lehren dieses Streiks werden von den Organisationen zweifellos benützt werden zu ausgiebiger organisatorischer Erziehungsarbeit an den Bergarbeitern und ein neuer Kampf wird sie besser gerüstet finden, als sie es vordem waren. Der Streik selbst hat ja schon seine Wirkung in dieser Beziehung getan. Das wird klar, wenn man den Beginn des Streiks mit seiner Beendigung vergleicht. Wie man auch über die Berechtigung des Streiks denken mag: das muß man doch zugeben, daß er sich planlos entwickelt hat; die Organisation vermochte ihn im Anfange nicht zu meistern. Unendlich schwerer, als die Eröffnung eines Streiks, ist seine Beendigung nach kurzer Dauer ohne sofortige greifbare Erfolge. Daß dies nach drei oder vier Tagen so gut wie vollständig gelungen ist, daß es gelungen ist, die erregten Massen zu einem organisierten Rückzuge zu veranlassen, das ist ein so eindringlicher Beweis von der Stärkung des Organisationsgedankens unter den Bergarbeitern, daß für die Zukunft die besten Aussichten erwachsen. Daran anknüpfend die Lehren des Streiks auszunützen zur Vertiefung und Festigung dieser Wirkung wird jetzt eine der wichtigsten Aufgaben der Organisation sein.

Auch die Notwendigkeit ganz bedeutender Stärkung ihrer Kassen wird nun den Bergleuten klar werden. Dann werden sie kräftigeren Widerstand leisten und mehr erreichen.

Die Masse beruhigt sich,

das ist die erfreuliche Mitteilung, die wir aus dem Ruhrrevier hören. Unser Bochumer Bruderblatt stellt die gegenwärtige Situation im Ruhrrevier wie folgt dar:

Der allgemeine Eindruck ist, daß der Streik noch acht Tage hätte weitergeführt werden können. Ob man über acht Tage ein besseres Resultat erzielt hätte, wird allgemein bezweifelt. Vielfach hört man die Ansicht verlauten, man habe am Donnerstag nicht so plötzlich das Kommando zum Schlußmachen geben sollen, sondern am Donnerstag Abend und Freitag die Delegierten Bericht erstatten lassen und die um ihre Meinung befragten Kameraden hätten nicht opponiert. Darauf hätte Sonnabend eine neue Konferenz stattfinden sollen, um endgiltigen Beschluß zu fassen. Man meint, diese Konferenz hätte wohl oder übel auch die traurigen Beschlüsse notwendigerweise fassen müssen, aber wenn diese Beschlüsse Sonnabend Abend und Sonntag in den Versammlungen bekanntgegeben worden seien, so wäre man auf den großen Schmerz gefaßt gewesen und wäre Montag die Arbeit viel einmütiger aufgenommen worden.

Nachdem sich die erste Wut gelegt hat, wird der Vorwurf der Verräterei und Feigheit gegen die Führer nicht mehr so erhoben. Man hat die gute Absicht und die traurige Notwendigkeit allgemein erkannt und spürt allgemein der Ursache nach. Da die Einigkeit noch immer zum Teil zu wünschen übrig ließ, so wird allenthalben die Notwendigkeit einer guten Organisation betont. Die massenhaften Aeußerungen, daß man aus der Organisation austrete, werden bereut und zurückgenommen. Nur vereinzelte Feiglinge verlassen flüchtig die heilige Kampfesfahne. Nein, gerade Organisation tut notwendig und ist es erfreulich, wenn einzelne Zahlstellen noch verhältnismäßig viele Aufnahmen machen.

... Das Beste war die Einigkeit der Verbände und ihrer Kerntruppen. Die Waffenbrüderschaft wird wieder zur Zeit erneuert werden. Von der parlamentarischen Aktion hofft man nicht allzuviel, doch will man alles tun, was diese unterstützen kann.

Das klingt doch erheblich anders, als die ersten, wohl auch etwas sensationell abgefaßten Nachrichten in anderen Blättern. Die Bergleute können gar nichts besseres tun, als die Einigkeit und Disziplin bis zur letzten Stunde wahren.

An die Bürgerschaft

erläßt die Siebener-Kommission der Bergleute einen Aufruf um weitere Unterstützung, dessen Inhalt wir wie folgt zusammenfassen: Der Generalstreik der Ruhrbergleute mußte trotz großer Opferwilligkeit besonders der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und der Bürgerschaft gegen heftigen, teilweise leidenschaftlichen Widerspruch der Kämpfer abgebrochen werden. Wir konnten das Elend in den Arbeiterfamilien nicht noch größer anwachsen lassen, da nicht rechtzeitig genug Hilfsmittel einkamen. Die Proteste gegen den Kampfabbruch beweisen aber, daß die Ruhrbergleute nicht besiegt, sondern bereit sind, wenn nötig, aufs neue den Generalstreik zu beginnen. Hierdurch würde die ganze Volkswirtschaft gelähmt; nicht nur die Streikenden, sondern tausende von Handwerkern, Kaufleuten und Landwirten müßten ruiniert werden. Ein lange dauernder Bergarbeiterstreik legt sämtliche Fabriken lahm und schafft Hunderttausende erwerbsloser Arbeiter! Sollte die Regierung durch das angekündigte Gesetz den Beschwerden der Bergleute nicht gründlich Rechnung tragen, wäre das Vertrauen zu ihr im Volke total zerstört.

Aus technischen Gründen können viele tausende der Bergleute nicht einfahren. Die Zahl der Gemaßregelten steht noch nicht fest. Wir bitten deshalb die ganze Bürgerschaft, mit ihrer Sympathie auf der Seite der Bergleute zu bleiben und die notleidenden Familien weiter zu unterstützen. Tausende sind völlig mittellos und bedürfen dringend der Existenzmittel, zumal selbst die Wiedereingefahrenen erst nach Wochen den ersten Lohn erhalten. Zur Entgegennahme von Gaben halten sich stets bereit die Hauptkassierer Paul Horn, Bochum, Wiemelhauserstraße 40 (Verband) und J. Fahnenbruch, Altenessen, Karlstraße 152½a (Gewerkverein).

Für alle uns gespendete Hilfe sagen wir den Gebern im Namen unserer Kameraden den herzlichsten Dank und sind sicher, die Bergleute werden die Hilfreichen nicht vergessen, wenn die Zeit der Not vorüber ist.

Mit bergmännischem Glück auf!

Die Siebener-Kommission.

Die englischen Bergleute haben trotz der Beendigung des Streiks beschlossen, eine nochmalige Unterstützung von 40 000 Mk. zu zahlen.

Kommunale Unterstützungen.

Auf Antrag unseres Genossen Cramer bewilligte die Stadt Darmstadt 2000 Mark für die Bergleute. Der Zentrumsvertreter Stieler stimmte dagegen.

Der Stadtrat in Mannheim bewilligte auf Antrag unserer Parteigenossen 1000 Mark.

Der Stadtrat in Ludwigshafen bewilligte auf Antrag der Sozialdemokraten 2000 Mark. Das Zentrum und die Nationalliberalen stimmten dagegen; sie haben jedoch nicht die Mehrheit.

Die „Breslauer Zeitung“ beeilte sich bekanntlich, den freisinnigen Arbeitern im Ruhrrevier mitzuteilen, daß die Mehrzahl der Breslauer Liberalen die Taschen zuhält. Zu diesem Zwecke brauchten sie sich jedoch nicht bemühen, für diese Propaganda werden wir schon sorgen.

„Was nun?“

Aehnlich wie wir in unserem Leitar vom Montag äußert sich das Kieler Parteiorgan, die „Schleswig-Holstein'sche Volkszeitung“:

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben sich geradezu um die Sache des Proletariats hochverdient gemacht, daß sie die Partei dem Kampf der Bergleute ferngehalten haben. Unsere Genossen in der Streikleitung haben mit ihrer Selbstverleugnung aber auch der Sache der Bergarbeiter den denkbar größten Dienst erwiesen, insofern sie sich dadurch vor dem Zurückfallen in die Zentrumsnacht bewahrt haben. Und auch die klägliche Erfahrung ist allein bei dieser Taktik dem Gesamtproletariat erspart geblieben, daß die einzige Partei, die in ihrer wertätigen Solidarität und Opferwilligkeit die Kosten des Streiks getragen hat, auch noch der Sündenbock für den traurigen Ausgang der Aktion geworden wäre.

Die Aufgabe der Partei im Ruhrrevier aber beginnt jetzt, wo der Kampf beendet ist. Es gilt, den Bergleuten die Erfahrungen dieses Kampfes zum Klassenbewußtsein zu steigern. Es gilt, unsere Ernte heimzubringen auf einem Felde, wo vom frevelndem Uebermut der Unternehmer und von der Rückgratlosigkeit der Staatsregierung so üppig gesät worden. Daß bei dieser Gelegenheit auch die wahren Verräter im Ruhrrevier den Bergleuten denunziert werden und die Abrechnung mit den Füchsen im „Christen“habit vorgenommen, und zwar gründlich vorgenommen wird, versteht sich am Rande.

Die Essener Genossen sind übrigens klug genug gewesen, die Vorschläge von außerhalb nicht erst abzuwarten, sondern gleich mit der Arbeit zu beginnen. Im Wahlkreise Essen fanden am Sonntag nämlich 13 durchweg zahlreich besuchte öffentliche Versammlungen statt, die von der sozialdemokratischen Partei einberufen waren. Das Thema lautete in allen Versammlungen: Der Bergarbeiterstreik und die Sozialdemokratie. Außer Molkenbuhr und Gewehr, welche in je zwei Versammlungen redeten, hatten durchweg Essener Genossen die Referate übernommen. Recht so! Nur in noch größerem Maße muß die Propaganda einsetzen.

Der Streik ist zu Ende.

In der gestrigen Vormittags-, Mittags- und Nachtschicht sind im Oberbergamtsbezirk Dortmund **280,000** Mann einschließlich der Zeche Rheinpreußen eingefahren; bei der heutigen Vormittagsschicht fuhren **145,000** Mann ein. Damit kann die Bewegung als abgeschlossen gelten.

Geldmittel für die Bergarbeiter.

Am Tage der Beendigung des Streiks wurden in der Parteipresse über folgende Beträge quittiert, die teils bei den Expeditionen, teils bei den Gewerkschaftskartellen am betreffenden Orte eingegangen sind:

„Vorwärts“, Parteivorstand	179,995.31	Mk
„Vorwärts“, Gewerkschaftskommission	101,945.65	„
„Echo“, Hamburg	27,741.74	„
„Volkszeitung“, Leipzig	18,697.69	„
„Volkswille“, Hannover (Kartell)	17,696.27	„
„Bürgerzeitung“, Bremen	15,827.71	„
„Sächsische Arbeiterzeitung“, Dresden	14,494.79	„
„Rheinische Zeitung“, Köln	13,644.87	„
„Schwäbische Tagwacht“ (Kartell in Stuttgart)	11,324.96	„
„Volkswille“, Hannover (Expedition)	7,925.74	„
„Fränkische Tagespost“	6,723.25	„
„Pfälzische Post“	5,221.61	„
„Volksstimme“, Frankfurt	5,166.95	„
„Freie Presse“, Elberfeld	4,738.84	„
„Volksblatt“, Harburg	4,251.60	„
„Fürther Bürgerzeitung“	3,847.38	„
„Volkswacht“, Schlesien (Kartell in Breslau)	3,836.43	„
„Volksstimme“, Frankfurt aus Hanau	3,412.74	„
„Volksstimme“, Mannheim	3,083.44	„
„Volksfreund“, Karlsruhe (Expedition)	2,399.93	„
„Volksfreund“, Karlsruhe (Kartell)	2,225.26	„
„Märkische Volksstimme“, Forst	2,100.00	„
„Volkswacht“, Schlesien (Redaktion)	1,672.13	„
„Volkszeitung“, Görlitz(Kartell)	1,210.00	„

Bei bürgerlichen Blättern gingen bis zum gleichen Tage ein: Bei der Geschäftsstelle der „Kölnischen Volkszeitung“ 11,806.50 Mk., bei der Geschäftsstelle der „Berliner Zeitung“ 8433.02 Mk., bei der „Frankf. Zeitung“ zirka 6000 Mk.

Vorstehende Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Aus aller Welt.

Ein russischer Sieg in Dresden. Aus Dresden wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Ein Verwandter des Zaren Nikolaus, der russische Fürst Leon Kotschoubey, hatte sich am 11. d. M. vor dem Dresdener Schöffengerichte wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Der Fürst war wegen großer Entfernung (er weilt mit seiner Famlie in Rom) vom persönlichen Erscheinen entbunden.

Fürst Kotschoubey, geb. am 13. Juli 1862 zu Paris, verfügt über ein jährliches Einkommen von 100,000 Rubel. Im November 1904 bezog er mit Familie und Dienerschaft ein Quartier im „Europäischen Hof“ zu Dresden und bezahlte dafür täglich 80 Mark. Der Fürst war hochgradig nervös.

Am 8. Januar gegen 10 Uhr Abends schickte er seinen Diener zum Portier Möller, der soeben den Nachtdienst angetreten und ließ Zeitungen holen. Der Diener brachte das „Berl. Tagebl.“; bald verlangte der Fürst aber noch weitere Zeitungen. Portier Möller erwiderte, der Diener möge seinem Herrn die soeben eingetroffenen Postsendungen hinauftragen, worunter sich auch der neueste „Simplicissimus“ befand. Nach einer Stunde stürzte der Diener schreckensbleich zum Portier, er solle sofort zum Fürsten kommen. Möller durfte seinen Posten nicht ohne weiteres verlassen, begab sich daher erst nach Verlauf einer Stunde in die fürstlichen Gemächer. Der erlauchte Gast schob seine Gemahlin sofort ins Nebenzimmer, um keine Zeugen zu haben, und nun stellte er den ahnungslosen Hausbeamten zur Rede: „Wie können Sie sich erlauben, mir den „Simplicissimus“ heraufzuschicken, so ein Blatt, das die russischen Adligen verhöhnt?“

Auf der Titelseite dieser Nummer sah man Karikaturen des Zaren, der russischen Geistlichkeit und der russischen Soldaten als Schlachtenhelden. Die Schlußseite zeigte das Bild eines Großfürsten in Gesellschaft einer Courtisane und darunter die Worte: „Aeh, 30,000 Tote! Kellner, noch 'n Schnaps“. Auch die baltische Flotte kam hier schlecht weg. Den Fürsten ärgerte dies um so mehr, als er zu Beginn des Krieges einen „Russischen Flottenverein“ ins Leben rief und zu dessen Vorsitzenden ernannt war.

Der Portier beteuerte seine Unschuld und bat um Verzeihung. Aber der Fürst, ein athletisch kräftiger Mensch, schrie ihn an: „Sie grober Esel! Sie grober Verbrecher!“ und versetzte dem Nichtsahnenden einen fürchterlichen Fußtritt in die Bauchgegend. Möller wurde es momentan „grün und blau“ vor den Augen. Er taumelte gegen die Tür. Bleich und verstört meldete er dem Hoteldirektor Förster den brutalen Exzeß. Noch am selben Abend zog Möller, der über heftige Schmerzen in den inneren Organen klagte, einen Arzt zu Rate. Dieser konstatierte erheblichen inneren Blutverlust und verordnete zunächst kalte Umschläge. Anderen Tags zeigten sich noch weitere bedenkliche Krankheitssymptome: Verdauungsbeschwerden, aufgeschwollener Leib und blaue Flecke mit starker Geschwulst am Oberschenkel. Zehn Tage mußte der Mißhandelte ununterbrochen das Bett hüten. Nach 16 Tagen trat er versuchsweise wieder seinen Portier-Dienst an, mußte ihn aber zwei Tage später abermals aufgeben und sich auf's neue in ärztliche Behandlung begeben, in welcher er sich bis heute noch befindet. Nach dem Gutachten des behandelnden Arztes Dr. Faulhaber machte der Portier den Eindruck eines sehr kranken Mannes. Die Verletzung war als eine sehr schwere anzusehen. Auch der Sachverständige, Obermedizinalrat Dr. Donau, bezeichnet den „fürstlichen Schuh“ als ein gefährliches Werkzeug. Die durch den Fußtritt herbeigeführte Erschütterung der Bauchhöhle hätte das Leben des Mißhandelten in Gefahr bringen können. Der Sachverständige schloß mit der Erklärung: „Ein Fußtritt kann Lebensgefahr unter allen Umständen mit sich bringen.“

Der Staatsanwalt Dr. Lottermoser bezeichnet die Tat des Russen als eine rohe, wenngleich dieser in seinem Nationalgefühl sich gekränkt sah. Der Ankläger beantragt angemessene Bestrafung. Der Vertreter des Nebenklägers Rechtsanwalt Dr. Fiedler erklärt, der Fürst habe die Gastfreundschaft in Deutschland schwer verletzt. Es wäre wohl angebracht, wenn man ihm an einem stillen Orte Gelegenheit böte, darüber nachzudenken, wie ein auf den Höhen der Gesellschaft Wandelnder sich gegen Niedriggestellte zu benehmen habe. Eine Gefängnisstrafe, die ja allerdings nicht vollstreckt werden könne, möge man aber auswerfen, um dem Fürsten das Wiederkommen zu verleiden.

Justizrat Dr. Thürmer plädierte für Geldstrafe und meinte, ein Fußtritt sei ein „ganz geeignetes Mittel, um jemand seine Mißachtung zum Ausdruck zu bringen. Jeder Deutsche würde sich im Auslande gegebenenfalls ebenso verhalten. Einige linksstehende Zeitungen hätten nur die Sache aufgebauscht, um gegen Rußland zu hetzen“. (!)

Nach kurzer Beratung erkannte der Gerichtshof unter Vorsitz des Assessors Dr. Zschucke auf eine Geldstrafe von 1000 Mk. event. 67 Tage Gefängnis. Mildernde Umstände wurden dem Angeklagten zugebilligt, weil „durch die geradezu schamlosen Artikel des „Simplicissimus“ der Fürst in seinem Nationalgefühl gekränkt worden sei“. Andererseits habe man auf die höchste Geldstrafe erkannt, weil ein Mitglied der höchsten Gesellschaftskreise sich auch gegen Domestiken in so brutaler, gewalttätiger Weise nicht vergessen durfte.

Dieses Urteil wurde in Dresden oft gefällt. Arbeiter, die sich in trunkenem Zustande an einem Streikbrecher vergreifen, werden oft zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt. Ein russischer Großfürst-Verbrecher, der auf wahrhaft viehische Weise einen wehrlosen Mann lebensgefährlich mißhandelt, erhält 1000 Mk. Geldstrafe, weil der „Simplicissimus“ ein schamloses Blatt sei! Man wird künftig gut tun, gegenüber russischen Großfürsten zur Selbsthilfe zu schreiten. Freilich ein Verwandter des Zaren ist kein lästiger „Schnorrer und Verschwörer“, der sich auch dann nicht in Deutschland mausig macht, wenn er deutsche Staatsbürger mit Fußtritten mißhandelt.

Eine eigene Rolle spielt in diesem Russenprozeß der Justizrat Thürmer, der froh sein kann, wenn man ihn nicht beim Wort nimmt, daß Fußtritte ein geeignetes Mittel seien, jemandem seine Mißachtung zu bezeugen.

Ein betrügerischer Rechtsanwalt. Der Rechtsanwalt Heinrich Hertwig aus Charlottenburg stand vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II zu Berlin. Die Anklage wegen Unterschlagung war auf Grund folgenden Sachverhaltes erhoben worden. Eine Frau Alwine Baum in Charlottenburg besaß 1200 Mark, das sie ihrem Stiefbruder, dem Postboten Paul Becker, zur Aufbewahrung übergeben hatte. Anfang des Jahres 1903 verlangte Frau B. ihr Geld zurück, aber der Stiefbruder verweigerte aus irgend einem Grunde die Rückgabe. Frau Baum wandte sich darauf an den jetzigen Angeklagten und beauftragte ihn, das Geld zwangsweise einzuziehen. Rechtsanwalt Hertwig erzielte auch ein obsiegendes Erkenntnis und erhielt die ganze Summe ausgezahlt. Anstatt das Geld sofort an seine Mandatin abzuführen, soll der Angeklagte aber die 1200 Mark für sich verwendet haben, um sich aus einer schwierigen Lage herauszuhelfen. — Wie die Beweisaufnahme ergab, hat Frau B. wiederholt Einschreibebriefe an den Angeklagten gerichtet mit der Aufforderung, das Geld herauszuzahlen. Als dies trotz der Mahnungen nicht geschah, erstattete Frau Baum Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, die das Verfahren gegen Hertwig wegen Unterschlagung eröffnete. Die Anklage war längst erhoben, Hertwig hatte aber immer noch nicht das Geld an Frau Baum gezahlt; erst einen Tag vor dem vorigen Termin zahlte er das Kapital zurück. — In der Verhandlung erklärte Hertwig, daß er durch die Schikanen eines ihm feindlich gesinnten Mannes in seiner Praxis dermaßen heruntergekommen war, daß er in Vermögensverfall geriet. Infolgedessen habe sich bei ihm eine hochgradige Nervosität eingestellt, die ihn fast arbeitsunfähig machte und ihm in geschäftlichen Dingen jede Klarheit nahm. In diesem Zustande könne er vielleicht jenes Geld, ohne im Augenblick die Folgen seiner Handlung zu erkennen, zu seinem Nutzen verwendet haben. Zu dem allen kam noch, daß in seinem Bureau Unterschlagungen in Höhe von 7000 Mk. begangen worden waren, durch die er verhindert wurde, das Geld rechtzeitig zurückzuzahlen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen Unterschlagung in ideeller Konkurrenz mit Untreue zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten unter Belassung der Ehrenrechte.

Ein außergewöhnlicher Fall von gewaltsamer Gefangenhaltung ist durch das Dazwischenkommen der Polizei in Paris entdeckt worden. Der sechzigjährige Graf von Sampigny d'Issoncourt wurde in seinem eigenen Hause, Boulevard Beausejour Nr. 17, von seinen beiden Bediensteten gefangen gehalten. Länger als zwanzig Jahre waren die beiden im Dienste des

Deutscher Reichstag.

144. Sitzung vom 14. Februar 1905, Nachmittags 1 Uhr.

Die erste Lesung der **Handelsverträge** wird fortgesetzt.

Abg. **Herbert** (Sozialdemokrat):

(Die Ausführungen des Redners bleiben bei der im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne zum Teil unverständlich.) Mit Ausnahme eines kleinen Häufleins hat das ganze Bürgertum den arbeiterfeindlichen Zolltarif angenommen. Auch die Großkaufleute sagen von den Arbeitern: „Laß Sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind." — Die Regierung ist stets bereit, für die Agrarier einzutreten; soll sie einmal den Arbeitern helfen, versagt sie, wie wir beim Streik im Ruhrrevier gesehen haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Großgrundbesitzer werden die Mehreinnahmen infolge der Zölle einheimsen; ihren Arbeitern werden sie nichts davon abgeben. Bei wirklich freien Wahlen würden wir auch die ostelbischen Wahlkreise den Agrariern entreißen. Entweder Arbeitslosigkeit oder sinkende Löhne werden die Folge der neuen Handelsverträge sein; die Arbeiter tragen den Schaden, während sich die Industriellen durch Kartelle schadlos halten werden. Durch die Zölle wird ferner jeder Fortschritt im landwirtschaftlichen Betriebe verhindert, da die Rittergutsbesitzer es vorziehen, durch Zölle statt durch Verbesserung der Produktionsmethoden ihre Einnahmen zu erhöhen. Der landwirtschaftliche Großbetrieb, der an sich, wie ich für meine Person behaupte, rentabler ist als der Kleinbetrieb, verschmäht es, sich die Errungenschaften der modernen Technik zu eigen zu machen, vernachlässigt den Obstbau, hat sich den englischen Markt von Dänemark abjagen lassen. — Graf Schwerin-Löwitz hat den Mehrertrag der neuen Zölle für die Landwirtschaft auf 105 Millionen berechnet. Die Arbeiterschaft hat diese Summe aufzubringen. Während man das Brot verteuert, läßt man die galizischen Gänse zollfrei einsehen, damit sie in Pommern gemästet, und dann als pommersche Gänse verkauft werden können. Die Fleisch- und Getreideverteuerung wird auf die Kartoffelpreise steigernd wirken. Herr v. Rheinbaben sprach von der Verschuldung des Grundbesitzes, nun, Fürst Bismarck meinte, es würde der Landwirtschaft besser gehen, wenn es den Landwirten nicht so leicht gemacht würde, Geld aufzunehmen und an den Börsen zu spielen. (Gewiß leiden auch

viele Industriearbeiter Hunger;

aber wenn man die Lage der Landarbeiter ansieht, dann packt einen erst der Menschheit ganzer Jammer. Das Prügeln auf dem Lande im Schwange: das Stettiner Gericht entschied, daß Ohrfeigen kein Grund sind, den Dienst zu verlassen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Müßten die Herren selbst auf ihren Feldern arbeiten, würden sie bald Revolution machen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sie hätten nicht die Geduld der Arbeiter! Hüte sich der Reichskanzler, daß ihn das Feuer nicht verzehrt, das er selber anfacht. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Blankenhorn** (nationalliberal):

Baden geht im Getreidebau zurück. Daraus ziehen Sie (zu den Freisinnigen) den Schluß, die Badenser müßten gegen die Erhöhung der Getreidezölle sein. (Abg. Gothein: Sehr richtig!) Aber die Badenser wollen, daß die Ostdeutschen für den Schutz ihrer Gewächse eintreten, also müssen sie auch für den Schutz des ostdeutschen Kornes stimmen. (Sehr richtig! rechts.) Man muß immer die Interessen der Allgemeinheit vertreten. (Sehr richtig! b. den Soz.) Der Tabakzoll ist zu niedrig. Redner ergeht sich dann in längeren Ausführungen über die Weinzölle. Wir haben bedauerlicherweise Oesterreich-Ungarn gegenüber in Bezug auf die Weineinfuhr nach dort schlecht abgeschnitten. Auch die Erhöhung der Schweizer Weinzölle schädigt unsere Weinausfuhr. Dagegen ist die Einfuhr von Öl aus der Schweiz nach Deutschland erleichtert. Es müssen Maßnahmen gegen das Eindringen der Reblaus aus der Schweiz getroffen werden. Redner plaidiert alsdann für die Annahme der Handelsverträge. (Beif. b. d. Ntl.)

Württembergischer Minister Dr. **von Pischek** (auf der Tribüne fast ganz unverständlich) scheint gegen einige Ausführungen des Vorredners zu polemisieren.

Abg. **Stöcker** (Wirtschaftliche Vereinigung):

Wenn die kleinen Leute in meinem Wahlkreise auch nicht alle Positionen des Tarifs billigen, so halten sie doch den Abschluß von Handelsverträgen für äußerst wichtig im Interesse der Allgemeinheit. Die Handelsverträge sind mit äußerster Sorgfalt auf der Grundlage einer Versöhnung zwischen Landwirtschaft und Industrie abgeschlossen. Die Landwirtschaft ist die Seele des Volkes; und was hilfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewänne und nähme doch Schaden an seiner „Seele". (Gelächter bei den Soz.) Schippel und sogar Kautsky haben die Not der Landwirtschaft zugegeben. Die Leute, die so gegen die Agrarier losdreschen, sind Städter oder gar Berliner. (Heiterkeit.) Mit allen Ihren Redensarten finden Sie (nach links) bei den Bauern keinen Anklang. Diese sind für die Verhetzung zu gut und zu patriotisch! (Donnerndes Bravo! rechts.) Mit Schlagworten treibt man keine Volkswirtschaft! (Donnerndes Bravo! rechts.) Jeder Junge auf dem Lande weiß, daß auch der kleinste Bauer auf dem Lande sein Korn lieber verkauft, als verfüttert. (Bravo, Bravo! rechts.) Gewiß haben die

Kleinbauern nicht soviel Nutzen

von den Zöllen, wie der Großgrundbesitz. (Hört, hört! links.) Manche haben von den Kornzöllen gar keinen Nutzen. Dafür sind sie an den Viehzöllen interessiert. Die Landwirtschaft hebt über die geistigen und seelischen Gefahren der Industrie hinweg; das wissen alle jene Industriearbeiter, die so glücklich sind, ein kleines Häuschen, ein kleines Gärtchen, ein Stückchen Feld ihr eigen zu nennen. (Bravo! rechts.) — Ganz Europa muß gegen die furchtbare amerikanische Gefahr zusammenstehen. Daher sind uns die Meistbegünstigungsverträge wichtiger als die Handelsverträge; und, um uns über die ersteren zu unterhalten, stimmen wir dafür, die letzteren der Kommission zu überweisen.

Abg. **Bruhn** (Antisemit):

Die Parteien der Linken überbieten sich, die Wähler und besonders die Bauern zu beschwindeln. (Große Unruhe links; Zuruf: Selbst Schwindler!)

Vizepräsident Graf **Stolberg**: Sie dürfen keiner Partei Schwindel vorwerfen!

Abg. **Bruhn** (fortfahrend): Den Brotwucher betreiben nicht die Landwirte, sondern die ägyptischen Edelleute, die schon zu Josef's Zeiten mit Brot gewuchert haben. (Stürmische Heiterkeit links.) Wir wollen den Bauernstand erhalten, wir wollen auch, daß der Großgrundbesitz existiere. (Aha! links.) Wir begrüßen die Handelsverträge als den ersten Schritt auf dem Wege, der von der unheilvollen Caprivi'schen Handelspolitik zu einer verständigen Mittelstandspolitik führt. (Bravo! rechts.)

Abg. **v. Gerlach** (Freisinnige Vereinigung)

wird von der Rechten mit Grunzen, Lachen, Unruhe, Lärm und höhnischen Zwischenrufen empfangen. Erst nach einigen Minuten gelingt es ihm, sich verständlich zu machen: Es wäre Ihnen (nach rechts) gewiß lieber, wenn nur Abgeordnete der Rechten sprächen. Ab und zu muß aber auch ein Abgeordneter der Linken sprechen. (Widerspruch rechts.) — Die Rede des Abg. Heim war uns sehr wertvoll. Er hat uns von der Linken ja etwas gefrozzelt (Heiterkeit), uns etwas gekitzelt (Heiterkeit), aber ganz anders hat er die Handelsverträge und ihre Vertreter, sowie die Großgrundbesitzer mitgenommen. Falls die Aeußerungen in ihrer ganzen Schärfe ins Stenogramm kommen (Abg. Heim: Ja! Unruhe rechts), so werden wir daraus ein Exzerpt machen und damit agitieren. Wir danken Ihnen, Herr Dr. Heim, daß Sie so kräftig betont haben, daß die sieben Handelsverträge diese sieben Wechselbälge (Grunzen rechts) dem

Großgrundbesitz auf den Leib zugeschnitten

sind. (Zustimmung links. Abg. Heim ruft: Den Dank, Dame, begehre ich nicht! Stürmische Heiterkeit.) Wenn Ihnen auch unser Dank unbequem ist, Sie kommen doch nicht darum weg! (Erneute Heiterkeit.) Der Tarif ist auf eine Weise zustande gekommen, die man zwar hier nicht als Rechtsbruch bezeichnen darf, die aber draußen noch schlimmer bezeichnet wird. (Lebhafter Beifall links.) Fürst Bismarck hat in der Tat, wie mein Freund Gothein ausführte, Rußland einen Vertrags-Kornzoll von 1 Mark zugestehen wollen, weil er aus politischen Gründen einen Vertrag mit Rußland gebrauchte. So lange wir kein ausdrückliches Dementi vom Regierungstisch haben, müssen wir an dieser Tatsache festhalten. Nun ein Wort zu den Nationalliberalen. (Aha! bei den Natl.) Dem nationalliberalen Agrarier Sieg muß die Rede seines Parteigenossen Beumer sehr unangenehm gewesen sein. Von dem Anfang und dem Schluß abgesehen, die durch Fraktionsrücksichten geboten waren, erschien die Rede Beumers als eine scharfe Philippika gegen die Handelsverträge. Die Nationalliberalen haben dadurch, daß sie den Antrag Kardorff durchbringen halfen, mitgeholfen, der

deutschen Maschinenindustrie ein Grab

zu bereiten. Was will es besagen, daß die Landwirtschaftskammern sich für den erhöhten Zollschutz ausgesprochen haben. Die Landarbeiter sind in ihnen unvertreten. Die Industriearbeiter können sich durch ihre Gewerkschaften einen gewissen Anteil an einer günstigen Konjunktur erzwingen. Den Landarbeitern ist das unmöglich — und aus gutem Herzen zahlt kein Agrarier nur einen Pfennig mehr. (Sehr richtig! links.) Das Koalitionsrecht wird den Arbeitern

durch Gefängnisstrafen unmöglich

gemacht. Die Lohnverhältnisse sind geradezu elende. — Redner führt einzelne Beispiele an. (Zurufe rechts.)

Präs. Graf **Ballestrem**: Ich bitte, die Zurufe zu unterlassen, Sie halten nur das Geschäft auf. (Stürm. Heiterkeit links.)

Abg. **v. Gerlach** (fortfahrend): Wenn durch die Folgen der Handelsverträge zahlreiche Arbeiter brotlos auf das Land zurückströmen, werden die Löhne noch mehr sinken. Daß der Bauer kein Interesse an hohen Kornzöllen hat, geht schon daraus hervor, daß die polnischen Abgeordneten alle, mit Ausnahme des Abg. Korfanty, Vertreter ländlicher Wahlkreise, von ihren Wählern gezwungen worden sind, sich gegen die Zölle zu erklären. Und dann haben auch mich die hessischen Bauern gewählt. Der Generalsekretär der Nationalliberalen in Hannover hat nachgewiesen, daß in der Provinz Hannover selbst von den Großbauern nur ein kleiner Teil von Kornzöllen Vorteil hat.

Ganz Oldenburg, Hannover und Baden sind gegen die Kornzölle interessiert. Freilich, wer mit dem Abg. Bruhn den Großgrundbesitz erhalten will, der muß für diese Zölle eintreten. Ich persönlich würde allerdings selbst in diesem Fall eine baare Rente für die Großgrundbesitzer für billiger erachten. In Wahrheit haben wir

viel zu viel Großgrundbesitz

in Deutschland. Wenn die konservativen Herren wirklich Bauernfreunde wären, so würden sie vor allem den Fideikommiß beseitigen, der die Hälfte unseres Vaterlandes dem bäuerlichen Besitz entzieht. Die einzige sichere Folge dieses Tarifes wird das ungeheure Steigen der Grundrente sein. Die Folgen werden sein: Abnahme der Fruchtbarkeit des deutschen Volkes und eine Vermehrung der Sterblichkeit. Diese Folgen sind um so bedenklicher, als wir uns durch unsere rasche Volksvermehrung Frankreich überflügelt haben. Der neue Zolltarif wird ferner zweifellos eine

starke Zunahme der Eigentumsverbrechen

zur Folge haben. Das haben wir bei den hohen Brotpreisen des Jahres 1891 gesehen. (Sehr richtig! links.) Graf Reventlow pries Chamberlains geniale Politik. Aber schon haben 16 Zollanhänger bei Nachwahlen ihre Parlamentsitze verloren und die englische Regierungsmehrheit wird immer kleiner. Das englische Volk fällt eben nicht auf Chamberlains Rattenfängergesang herein. Dabei kämpft Chamberlain nicht für die Grundrente, sondern für das Ideal eines Greater Britain. Wer Deutschland wahrhaft liebe, muß diese Handelsverträge ablehnen, die nicht nur massenmörderisch, sondern selbstmörderisch sind. (Sehr richtig! links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Ich habe in den Archiven nachgeforscht, aber nicht die Spur eines Anhaltes dafür gefunden, daß Fürst Bismarck mit den Getreidezöllen bis auf eine Mark heruntergehen wollte. (Hört, hört! rechts.) Aber selbst, wenn Fürst Bismarck unter 5 Mk. hätte heruntergehen wollen, was wollte das für die heutige Zeit besagen! Die Staatskunst ist kein Dogma und muß mit den bestehenden Verhältnissen rechnen. Wenn Fürst Bismarck noch lebte, würde er wahrscheinlich unserer Ansicht sein. (Bravo! rechts.) Die Produktionskosten der Landwirtschaft sind bedeutend gestiegen, und man muß doch die Lage eines Berufes nach den Nettoerträgen einschätzen. Es besteht im großen und ganzen ein freundliches Verhältnis zwischen Großgrundbesitzer und Bauer. Aber soweit geht doch die Freundschaft nicht, daß die Bauern nur um die schönen Augen der Großgrundbesitzer für höhere Zölle eintreten würden. Die Bauern sind manchmal zu so hohen Löhnen gezwungen, daß sie lieber ihren Besitz aufgeben und in die Stadt zur Fabrik gehen.

Soziale Abkommen in Bezug auf Arbeiterversicherung sind nicht nur mit Italien, sondern auch mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossen worden. — Es werden die schrecklichsten Folgen vorausgesagt, die die Handelsverträge angeblich haben werden; es heißt, die Industrie werde ins Ausland getrieben werden. Ich werde nach einigen Jahren mir auf Grund dieser Verhandlungen zusammenstellen, was alles prophezeit worden und was wirklich eingetreten ist: Dichtung und Wahrheit. (Sehr gut! rechts.)

Abg. **Vogt-Hall** (Wirtsch.-Vereinigung):

Um die Abgeordneten der Linken zu überzeugen, müßte man sich die Zunge wund reden. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin gegen langfristige Handelsverträge. Zwölf Jahre sind zu lang. Was sind 12 Jahre? Zwölf Jahre sind ein Zeitabschnitt. (Sehr richtig! links.) Ich meine, sie sind die Hälfte der Zeit, in der ein Betriebsinhaber seinen Betrieb leitet. Ich bedauere jeden jungen Mann, der ein Gut übernimmt. Will ein Bauer auf seine Kosten kommen, muß er sich zu Tode wirtschaften. Es ist ganz unerhört, daß die Regierung die Wein- und Obstbauern den Schweizern und Italiern aufopfert. Wir hoffen, daß die ganze Seite des Hauses, die auf der rechten Seite sitzt (Heiterkeit links) die gerechten Forderungen der süddeutschen Bauern unterstützen wird, auch die Herren Nationalliberalen, die ja als ersten Redner ihr meist agrarisches Mitglied hier haben sprechen lassen. (Beifall bei der wirtsch. Vgg.)

Abg. **Mittermaier** (wirtsch. Vgg.) weiß nicht, wo die Malzgerste aufhört und die Futtergerste anfängt. (Heiterk.)

Abg. **Gothein** (freis. Vgg.) hält daran fest, daß die Aeußerung Bismarcks, er würde eventl. im Vertrage mit Rußland auf 1 Mk. Kornzoll herabgehen, gefallen sei und sich in den Akten des Handelsministeriums befinde oder doch befunden habe.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** erklärt, es handle sich um ein Mißverständnis. Fürst Bismarck habe nicht auf eine Mark, sondern um eine Mark herabgehen wollen. (Ungläubiges Schütteln des Kopfes auf der Linken.)

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Sieg (natl.), Heim (Zent.) v. Gerlach (freis. Vgg.). Alsdann werden die Handelsverträge an eine 28gliedrige Kommission verwiesen.

Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, die nächste Sitzung am Sonnabend abzuhalten. Die Kommission könne bis Freitag Abend ihren Bericht feststellen.

Abg. Graf **Reventlow** (Ant.) glaubt, die Kommission werde wohl kaum bis dahin fertig sein, zieht aber seinen Antrag, erst am Montag wieder zu tagen, zurück.

Auf Antrag Singer wird durch die Stimmen der stark besetzten Linken und der Antisemiten auf die Tagesordnung der Sonnabendsitzung gesetzt: Toleranzantrag und Arbeitskammern.

Schluß 6½ Uhr.

Grafen. Seit fünf Jahren beherrschten sie ihren Herrn vollständig; während dieser ganzen Zeit wurde er gefangen gehalten. Der Graf erzählte, daß das Paar ihm unausgesetzt mit einer furchtbaren Tat drohte, falls er das Haus verlassen würde. Auch ist er gezwungen worden, höhere Gelder zu sich zu nehmen. In seinem letzten Willen mußte er seine Peiniger zu seinen alleinigen Erben von einem Vermögen von eineinhalb Millionen Franks machen. Die Polizei verwies das Paar aus dem Hause und übergab den alten Grafen der Obhut eines Verwandten. Ein Verfahren ist gegen die zwei Erbschleicher eingeleitet worden.

Sieben Bergleute verschüttet. Ein Grubenschacht beim Nachbarorte Möllingen (Eisleben) wurden sieben Bergleute verschüttet. Fünf wurden gerettet, einer ist getötet und einer schwer verletzt.

Einen kühnen Befreiungsversuch machten dieser Tage in Berlin sechs Männer. Gegen 1 Uhr Nachts schlichen fünf Personen auf das Grundstück Barnimstraße 9, das neben der Gefangenanstalt liegt und nur durch eine vier Meter hohe Mauer von ihr getrennt ist. Die Fünf erstiegen die Mauer und kletterten auf das Dach eines Stallgebäudes, das sich an dem Gefängnishof hinzieht. Auf der Straße stand ein Mann als Wache; drei postierten sich auf dem Stalldach, um den Gefängnishof zu beobachten, und zwei betraten das Anstaltsgrundstück, von wo aus sie in das Gefängnis gelangen konnten. Zwei Frauenspersonen sollen befreit werden, die allem Anschein nach von dem Vorhaben ihrer Freunde durch „Kassiber" benachrichtigt waren. Mehrere Bewohner des Hauses Barnimstraße und der Anstaltsbeamten bemerkten aber die Posten auf dem Dache. Durch Fernsprecher benachrichtigte man die Polizei, und schon nach wenigen Minuten eilte ein größeres Schutzmannsaufgebot herbei. Nun ergriff der Mann, der vorher „Schmiere" gestanden hatte, die Flucht. Ein Teil der Schutzleute sperrte die Wein- und Barnimstraße, die übrigen drangen auf den Hof des Hauses Barnimstraße 9. Es gelang ihnen, zwei Männern den Rückzug abzuschneiden. Die drei auf dem Stalldach befindlichen Helfershelfer sprangen auf den Hof eines zur Büschingstraße gehörenden Hinterhauses und entkamen.

Dreifacher Selbstmordversuch. Frau Franziska Klein, welche unter Beihilfe ihres Mannes den bejahrten Hausbesitzer Sykora in Wien ermordet und beraubt hat, unternahm in der letzten Zeit im dortigen Untersuchungsgefängnis zu drei verschiedenen Malen Selbstmordversuche. Zuerst wollte sie sich mit der Schnur ihres Mieders am Zellenfenster erhängen, dann mit dem Plaudette des Mieders die Pulsadern öffnen, und schließlich versuchte sie, sich durch Verschlucken einer Quantität Waschseife zu vergiften. Infolge dieser Selbstmordversuche, die von den Gefängnisbeamten sämtlich rechtzeitig entdeckt und verhindert wurden, wurde Frau Klein behufs besserer Beobachtung ihrer Person nach dem Inquisitenhospital gebracht, wo auch die weitere Untersuchung ihres Geisteszustandes durch die Gerichtsärzte erfolgen wird. — Die Verhandlung gegen das Ehepaar Klein ist für die zweite Hälfte des Monats März cr. in Aussicht genommen.

Ein frommer Mann. Der Pfarrer Josef Thomas in Kuhmen (Lothringen) hatte sich wegen Beleidigung der Lehrerin Biehlen zu verantworten. Die Verhandlung ergab ein wenig erfreuliches Bild von der Gesinnung des geistlichen Herrn. Thomas wollte eine Schulschwester als Lehrerin haben. Aus diesem Grunde nahm er den Antrittsbesuch der Lehrerin Biehlen nicht an. Im Religionsunterricht hetzte er die Kinder gegen die Lehrerin auf, welche er „Speckmutter", „Luder" usw. nannte. Wegen dieser Beleidigung hatten die Lehrerin und der Bezirkspräsident Strafantrag gestellt. Außerdem stellte sich aber in der Verhandlung heraus, daß der Pfarrer die Lehrerin in einer Anzahl anderer Fälle beleidigt und sogar die Kanzel hierzu mißbraucht hatte. So predigte er am 10. Juni 1904: „In Kuhmen haben sich Wölfinnen eingeschlichen, die kommen in unverschämter Kleidung zur Kirche. Ich sage aber, je breiter der Hut, je natürlicher der Kopf, je feiner das Pensionat, je größer die Anstalt, die diese Leute besucht haben, desto lieber spreche ich davon; Ihr Kuhmer Mädchen, ahmt sie nicht nach; heute spreche ich durch die Blume, wenn es aber nicht anders wird, mache ich die Personen namhaft; es ist besser, sie gehen über die Grenze!" Als die Lehrerin am Typhus erkrankte, äußerte der Pfarrer, sie habe sich den Typhus in den Kasernen von Mörchingen geholt. Einen Anhaltspunkt für einen anrüchigen Lebenswandel der Lehrerin hat die Verhandlung nicht ergeben. Gegenstand der Anklage bildete nur die in der Religionsstunde gefallene Beleidigung. So wurde gegen den Geistlichen nur auf eine Geldstrafe von 100 Mk. und die übliche Veröffentlichung des Urteils erkannt. Man hofft aber, daß Bischof Benzler die nötigen Konsequenzen aus der Verhandlung zieht.

Einbruch im Gewerkschaftshause zu Berlin. In der Nacht von Sonntag zu Montag versuchten Einbrecher in der zweiten Etage des Gewerkschaftshauses ihr Gewerbe auszuüben. Der erste Einbruch erfolgte in den Bureauräumen des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter. Dort wurden etwa 20 Mk. gestohlen. Alsdann versuchten die Diebe ihr Glück an der Tür der Ortskrankenkasse der Buchbinder, das Sicherheitsschloß widerstand hier ihren Versuchen. Im Bureau des Verbandes der Portefeuiller wurden einige Bleistifte entwendet, während die Tür, welche diesen Raum von dem der Ortskrankenkasse der Graveure trennt, durch den dahinterstehenden Geldschrank ein Hindernis bot. Die Kriminalpolizei wurde unterrichtet; es dürften entsprechende Maßregeln, welche zukünftige Diebstähle verhindern in kürzester Zeit erfolgen.

Wozu die Polizei da ist. In der Sonntagnacht überfielen in Berlin Rowdies den 38 Jahre alten Straßenbahnschaffner Friedr. Lange, der aus dem Dienst heimkehrte und seine Wohnung aufsuchen wollte. Gegen Mitternacht tobte in der Kolonienstraße eine Schlägerei, an der etwa zwanzig Burschen beteiligt waren. Ein Wächter, der sich ins Mittel legte, wurde bedroht. Bei dem Hin und Her sperrten die Streitenden die Straße, so daß ein elektrischer Wagen, mit dem fünf Schaffner vom Bahnhof Reinickendorf nach dem Gesundbrunnen fuhren, halten mußte. Die anderen glaubten nun, Lange hätte dem Wächter beigestanden. Die Bande stellte Lange und fiel mit Messern über ihn her. Nicht weniger als neunzehn Wunden wurden dem Aermsten beigebracht. In der Dunkelheit sind die Strolche leider entkommen. — Derartige Brutalitäten wären nicht möglich, wenn in den entlegenen Stadtgegenden mehr Schutzleute postiert würden. Wenn aber ein erheblicher Teil der Berliner Exekutivpolizei, die durch die Steuerzahler unterhalten wird, in das Ruhrgebiet entsandt wird, so darf man sich nicht wundern, wenn die Sicherheit der Reichshauptstadt darunter leidet.

Ein „Selbstmörder-Klub". Bei der letzten Halbjahrsprüfung des Klausenburger Gymnasiums erhielten fünf Schüler der Oberklassen Zeugnisse mit schlechten Noten. Erbittert über diese „Ungerechtigkeit", beschlossen die fünf Jünglinge, sich das Leben zu nehmen. Zu diesem Zwecke gründeten sie einen „Klub" und verpflichteten sich ehrenwörtlich, ihr Vorhaben baldigst auszuführen. Einer der Knaben, der 15jährige Josef Schneller, hat sein Wort eingelöst. Er stürzte sich von der Wohnung seiner Eltern auf das Straßenpflaster und blieb tot auf dem Platze. In der Tasche des Selbstmörders fand man die Liste der vier anderen Todeskandidaten, die Statuten des „Klubs", und die Vorschriften, nach denen der Selbstmord auszuführen war. Die Polizei verständigte sofort die Eltern der vier Gymnasiasten.

Litteratur.

Flugschriften-Bund-Heimatschutz. Als im Sommer 1904 im Dresdener Kongreß der Heimatschutzbund geschlossen ward, plante man alsbald die Herausgabe von Flugschriften, die die Gedanken und Pläne des Bundes in immer weitere Kreise tragen sollten. Dieser Gedanke wird jetzt verwirklicht. Die Flugschriften erscheinen in gediegener Ausstattung zum Preise von 40 Pf. im Verlage von Gebauer-Schwetschke, Halle a. S. Als erstes die so ungemein interessante und wertekräftige Abhandlung von Professor Fuchs-Freiburg: „Heimatschutz und Volkswirtschaft", denn das ist klar ersichtlich, daß man mit der Ästhetik allein nicht weiter kommt, daß man vielmehr seinen Blick auf die großen volkswirtschaftlichen Fragen zu lenken lernen muß, um mit ihnen Heimatkunst und Heimatschutz in Einklang zu bringen, oder grade an ihnen den Frevel am Heimatschutze zu erweisen. Jeder Freund des „Heimatschutzes" ist recht dringend gebeten, diese Schriften zu erwerben und weiter zu geben. Um der Sache willen muß eine allgemeine Propaganda, von jedem unterstützt und allen getragen, in die Wege geleitet werden

Partei-Angelegenheiten.

Quittung.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Alt-Warthau, Beitrag v. sozialdemokr. Verein 30,—. Aachen, O. V. 10,—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 1300,—. 4. Kreis, Ost 2000,—. 4. Kreis Südost 2000,—. 6. Kreis 5000,—. Berlin, diverse Beiträge: etwa 450,—. Bernburg, v. 2. anhalt. Wahlkreis 25,—. **Breslau**, sozialdem. Verein 200,—. Bremen, B. C. 10,—. Bern 50,—. **Beuthen** (Oberschl.) v. Parteigenossen 2.50. Cassel-Melsungen, Wahlkr., sozialdem. Verein 50,—. Charlottenburg, N—r. 2,—. Köln a. Rh., v. sozialdem. Verein für den Reichstagswahlkreis Köln-Stadt u. Köln-Land 150,—. Krefeld, sozialdemokratischer Volksverein 100,—. Erlangen, v. Wahlverein, 4. Quartal 04 10,—. Ebersbach b. Löbau, 2. sächs. Reichstags-Wahlkreis 50,—. Elberfeld, Wahlkr. Elberfeld-Barmen 1000,—. Erfurt, Wahlkr. Erf.-Schl.-Ziegenr. 25,—. **Falkenberg** (Oberschl.) 2,—. Friedrichskoog, A. S. 10,—. Fürth, Wahlverein 20,—. Gotha, durch den Vertrauensmann 30,—. Gorczizen, H. 20,—. Hanau-Gelnhausen-Orb, Wahlkreis 100,—. Hessen (Großherzogt.) Landesorganisation 500,—. Hamburg, Ertrag der Maimarken 1904, Verein der Kutscher vom öffentlichen Fuhrwesen 73,—. Hamburg, in der Expedition des „Hamburger Echo" im Monat Januar eingegangen 134.75. Königsberg i. Pr., 1. Quart. 1905 100,—. **Kattowitz** (Oberschl.), v. sozialdem. Verein 5,—. London, E. W. 26,—. **Landesh.-Jauer i. Schl.**, Wahlverein 20,—. Luckenwalde, Rufus 5,—. Luckenwalde, v. sozialdem. Wahlverein 50,—. Mannheim, sozialdem. Verein 200,—. München, Gau Südbayern, 4. Quartal 1904 143.12. Magdeburg, v. sozialdem. Verein 300,—. München, Waldläufer 5,—. Nürnberg, Beitrag für 1905 v. W. R 4,—. Nürnberg, sozialdem. Verein Nürnberg-Altdorf, 2. Halbjahr 1904 510,—. Nürnberg, v. Gau Nordbayern, 2. Halbjahr 1904 898.27. Nürnberg, G. Eisinger 5,—, R. Hermann 3,—, Summa 8,—. Niesern, Arbeiterwahlverein 5,—. Oberstein, a. d. Nahe, Volksverein, 4. Quart. 1904 10.57. Potschappel, 6. sächs. Reichst.-Wahlkr. 1500,—. **Peterswaldau i. Schl.**, v. Wahlverein durch A. Kühn, Oberlangenbielau 10,—. Pelau, v. Wahlverein, 3. und 4. Quartal 1904 10,—. Rawitsch-Bojnn, v. Wahlverein, 3. und 4. Quartal 1904 6,—. **Rawitsch**, amerik. Auktion des Weihnachtsbaumes 6.05. Ronsdorf, allgemeiner Arbeiterverein 4. Quartal 1904 25,—. **Reichenbach i. Schl.**, 3. Wahlverein durch A. Kühn, Oberlangenbielau 20,—. Rixdorf, Parteikasse der Arbeiter von Pardemann, 25,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Schweinfurt, sozialdemokr. Verein 10,—. Straßburg i. E., Altvater 5,—. Schwäb. Zinsgroschen 250,—. Solingen, durch das Kreiskomitee 60,—. Schwelm, sozialdem. Verein 70,—. Sulz (Oberelf.) Rückzbl. 20,—. **Striegau**, durch B. 97.75 (davon Striegau 30,—. Schweidnitz 34.65, Freiburg i. Schl. 17,—. Pilgramshain 9.50 und Häslicht 6.60) Tangermünde, O. V. 4.90. Triberg, Arbeiter-Wahlverein 3. und 4. Quartal 1904 10,—. Teltow-Beeskow-Charlottenburg, sozialdem. Zentral-Wahlverein, Nov. u. Dez. 200,—, Januar 250,—, Sa. 450,—. „Vorwärts"-Ueberschuß v. 4. Quartal 1904 21,859.85. „Wahrer Jakob", 4. Quartal 1904 5000,—. **Waldenburg i. Schl.**, sozialdem. Arbeiterverein des Kreises Waldenburg 100,—. Württemberg 300,—. Zeitz, Wahlkreis Zeitz-Weißenfels-Naumburg 200,—. **Zabrze** (Oberschlesien), von den Parteigenossen 10,—

Berlin, den 10. Februar 1905.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Lindenstraße 69.

Einer der älteren Parteigenossen Berlins, der Kaufmann Wilhelm Friedländer, ist verschieden. Der „Vorwärts" schreibt über ihn: In den letzten Jahren war er ein stiller Mann und wenige der jüngeren Genossen werden von ihm gehört haben. Als wackerer Mitkämpfer trat er jedoch in die Bresche, als es in gefahrvoller Zeit galt, die Wirkung des Sozialistengesetzes illusorisch zu machen. Wer damals an der Verbreitung des „Sozialdemokrat" und der ebenfalls verbotenen Schriftenliteratur beteiligt war, wird sich sehr wohl erinnern, daß manche schwere Kiste in dem Kaufmannsgeschäft unseres Genossen Friedländer abgeladen wurde und viel hatte die Partei ihm damals zu danken. Das Alter und das Verlangen nach Ruhe machte sich allmählich bei Friedländer geltend, und da sahen wir ihn, als die Zeiten anders wurden, vom aktiven Wirken zurücktreten. Siebzig Jahre alt, ist er jetzt nach langer, schwerer Krankheit gestorben. Wer ihn kannte, wird ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Gegen das russische Blutregiment protestierte am Sonnabend in Dresden eine von 1500 Personen besuchte Volksversammlung, in der Genosse Block über die Revolution in Rußland sprach. Als der Redner im Laufe seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrags auch die Rolle der deutschen Reichsregierung gegenüber der russischen Barbarei kennzeichnete und mit Worten andeutete, was auf den Umschlägen der Heftausgabe des Königsberger Prozesses bildlich veranschaulicht ist, wurde ihm vom überwachenden Beamten das Wort entzogen. Die Versammlung nahm eine Protestresolution gegen die schmachvollen Zustände in Rußland einstimmig an.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 15. Februar.

* **Die Breslauer Straßenpolizei-Verordnung und die Straßenhändler.** Nach einer Bestimmung der Straßenpolizei-Verordnung für Breslau darf niemand außerhalb des Marktplatzes und außerhalb der Marktzeit in den Breslauer Straßen ohne polizeiliche Erlaubnis eine feste Handelsstätte einnehmen. Diese Bestimmung sollte der Händler Spiesler übertreten haben. Er hatte ohne polizeiliche Erlaubnis auf der Straße von einem Wagen aus Waldbeeren feilgeboten. Die Einnahme von festen Handelsstellen sahen Polizei und Staatsanwaltschaft darin, daß der mit einem Pferde bespannte Wagen öfter anhielt. Das Landgericht Breslau als Berufungsinstanz sprach jedoch den Angeklagten mit folgender Begründung frei:

Wenn auch feststehe, daß Sp. außerhalb des Marktplatzes und außerhalb der Marktzeit ohne polizeiliche Erlaubnis in den Straßen Waldbeeren feilgeboten habe, so könne doch nicht von der Einnahme einer festen Handelsstelle gesprochen werden. Es sei anzunehmen, daß Sp. nach der Gewohnheit der mit einem Wagen durch die Straßen ziehenden Händler nicht länger an gewissen Stellen mit dem Gespann verweilt habe, als erforderlich gewesen sei zur Abwicklung der Kaufgeschäfte mit den Bewohnern der anliegenden Häuser. Darin könne aber die Einnahme einer festen Handelsstelle nicht gesehen werden. Der Verkehr auf der Straße sei auch nicht gestört worden. Daraus ergeben sich die Freisprechung.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und berief sich darauf, daß die Obsthändler in den Straßen von Zeit zu Zeit stehen zu bleiben pflegten. Die tägliche Erfahrung lehre, daß sie sich alle Tage fast zur selben Zeit an denselben Stellen einfänden und anhielten.

Das Kammergericht verwarf jedoch, wie uns unser Berliner Mitarbeiter schreibt, die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Der ambulante Handelsverkehr an sich sei in Breslau zulässig. Es sei aber nur ein Ausfluß des ambulanten Verkehrs, wenn, wie hier festgestellt, Angeklagter nur solange hielt, als er Käufer hatte. Darin liege die Feststellung, daß Sp. nicht eine feste Handelsstelle eingenommen habe, um Käufer anzulocken. Das sei entscheidend. Die Freisprechung sei darum gerechtfertigt.

* **Eine beachtenswerte Einrichtung hat der Maurer-Verband für seine Mitglieder getroffen**, indem er ein kleines Heftchen herausgab, das bequem im Mitgliedsbuche Platz hat und über allerlei für die Mitglieder wissenswerte Dinge Aufschluß gibt. Es instruiert die Kollegen hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zur Zahlstelle Breslau oder eines ihrer Zweigvereine, ferner über die Beitragshöhe resp. über die je nach den Umständen zu verwendenden Marken und die sonst im Interesse der Mitglieder bestehenden Einrichtungen. Weiter enthält es die Adressen der Organisationen und zwar die der Ortsverwaltung, des Hauptvorstandes und der Vorstände der ausländischen Bruderorganisationen. Sodann gibt das Heftchen Aufschluß über die hierorts in Betracht kommenden Einrichtungen, betreffend Bauarbeiterschutz, Rechtsschutz und Versicherungswesen, natürlich ebenfalls unter Angabe der Adressen. Es werden sodann die Kollegen auf den Sozialdemokratischen Verein, die Freie Turnerschaft und den Arbeiter-Radfahrerverein sowie auf die „Volkswacht" aufmerksam gemacht. Auch auf die bestehenden allgemeinnützigen Stätten der Bildung und Erholung, wie Schulen, Lesehallen, Bibliotheken, Museen, Theater, Botanischer und Zoologischer Garten und die Sternwarte sind Hinweise enthalten. Am Schlusse sind die Städtischen Brausebäder und die Zentralherberge der Gewerkschaften verzeichnet, sodaß hiesige wie zureisende Kollegen in dem Heftchen einen guten Berater und Führer haben werden.

* **Sehr merkwürdig!** In der Nacht zum 14. d. Mts. kam ein Reisender mit einem Taschentuch im Munde und mit zusammengebundenen Händen zu einem Schutzmann am Wachtplatz und erklärte, nachdem das Tuch entfernt war, daß er auf der Lorenzgasse von zwei Männern angefallen, gefesselt und beraubt worden sei. Es sollen ihm unter anderem Papiere auf den Namen der Firma C. H. E. Weidlich, Zeitz, Provinz Sachsen, sechs Hundertmarkscheine, ein Portemonnaie mit 2 Mk. und eine Fahrkarte nach Leipzig geraubt worden sein.

* **Grober Unfug.** Am 13. d. Mts., Nachmittags, wurde auf der Michaelisstraße ein großer Kanonenschlag zur Entladung gebracht. Schaden wurde nicht angerichtet. Der Täter ist unbekannt.

* **Ertrunken.** Am 13. d. M. lehnte sich der Bäckerlehrling Georg Lindner, Breitestraße 41, gegen die Hobrechteiche, glitt aber aus und stürzte in den Schiffahrtskanal und ertrank. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden.

* **Selbstmorde.** Am 13. d. M., Abends, erhängte sich ein Arbeiter in seiner Wohnung Augustastraße 128 mittelst eines Leibriemens am Bettpfosten. — Ein 60 Jahre alter früherer Müllermeister schoß sich am 10. d. M. in seiner Wohnung auf der Monhauptstraße in einem Anfall von Schwermut, hervorgerufen durch Krankheit, mit einem Revolver in den Mund und verletzte sich schwer. Der Mann ist in der Königlichen Klinik seiner Verletzung erlegen. — Ein 54 Jahre alter Liniierer von der Karlsstraße 30 trank in selbstmörderischer Absicht Karbolsäure. Er fand im Allerheiligenhospital Aufnahme, wo er am 14. d. M. gestorben ist.

* **Wagen und Pferd verschwunden!** Am 13. d. M. kehrte ein Kutscher zu seinem Dienstherrn zurück und erklärte, daß er den ihm anvertrauten Wagen, der mit einer braunen Stute und einem Fuchswallach bespannt war, aus Arbeitsüberdruß auf der Matthiasstraße habe stehen lassen. Wagen und Pferde sind noch nicht aufgefunden. Das Schild trug die Aufschrift: Arthur Wolf, Brigittenthal.

* **Vermißt** wird seit dem 9. d. M. der 52 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Jander, welcher Herrenstraße 17/18 gewohnt hat.

* **Diebstähle.** In der Nacht zum 10. d. M. wurde in einer Werkstatt auf der Nachodstraße ein Einbruch verübt, indem die Türfüllung zertrümmert wurde. Auch wurde die Tür eines Kleiderschrankes erbrochen. Gestohlen wurde dabei nichts. Dagegen wurden einer Händlerin von der Tschepinerstraße ein Kinderwagen mit Aepfeln und Erdrüben, einer Handelsfrau ein Kastenwagen, aus dem Schulhause auf der Brüderstraße eine Joppe und einem Dienstmädchen auf dem Ringe ein Portemonnaie mit 14 Mark entwendet.

* **Verhaftet** wurde ein Fleischer, der versucht hatte, auf der Trebnitzer Chaussee einen mit Apfelsinen handelnden Knaben zu berauben.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 13. d. Mts. 44 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine Boa, ein goldener Uhrdeckel, zwei Herrenhüte, eine goldene Damenuhrkette und ein Kasten mit Glaserhandwerkzeug. — Abhanden kamen: ein Straußfederfächer, 1/2 Dutzend silberne Löffel, eine goldene Damenuhr, ein goldener Ring, gez. P. G., und zwei Portemonnaies mit 14 Mk. und 30 Mk. — Entlaufen sind zwei Wachhunde.

---

* **Hirschberg**, den 14. Februar. Immer wieder: Preußisches Schul-Elend. In den kürzlich gekennzeichneten Schulverhältnissen im Kreise Bolkenhain wird dem „Boten aus dem Riesengebirge weiter geschrieben: „Arg steht es in Bolkenhain auch um die Besoldung der Lehrer! Der katholische Hauptlehrer bezieht 1100 Mark Grundgehalt, 300 Mark Funktionszulage, 150 Mark Alterszulage und eine freie Wohnung, die in der Vokation auf 210 Mk. festgesetzt ist. Der ev. Hauptlehrer hingegen genießt ein Grundgehalt von nur 1050 Mk., Funktionszulage 250 Mk., Alterszulage 130 Mk. Der Wert seiner freien Wohnung ist vokationsmäßig auf 300 Mark angegeben. Die sechs hinter ihm stehenden Lehrer erhalten 1050 Mark Grundgehalt, 130 Mark Alterszulage und 210 Mk. Wohnungsentschädigung. Den zwei kathol Lehrern gewährt man aber 1100 Mark Grundgehalt, an Alterszulage jedoch nur 120 Mk. und Wohnungsentschädigung nur 180 Mark. — In allen Bezügen herrscht also Verschiedenheit: Grundgehalt 1100 und 1050 Mark; Funktionszulage 300 und 250 Mk.; Alterszulage 150 130 und 120 Mark; Wohnungsentschädigung 210 und 180 Mark. Alle Lehrer werden aus ein und demselben Säckel befriedigt, in das jeder Bürger ohne Unterschied der Konfession zu gleichen Prozenten seine Schulsteuern zahlt. Spricht eine solche Besoldungsordnung nicht jeder Gerechtigkeit Hohn? .... Wo bleibt die Befolgung des Erlasses vom 14. März 1899 nach dem eine verschiedene Bemessung der Bezüge für Lehrer derselben Kategorien in ein und demselben Schulverbande nicht statthaft ist? Nun noch das Schönste! Die Lehrer beider Konfessionen haben um Regelung der Besoldungsordnung petitioniert. Ihren Bitten ist aber kein Gehör geliehen worden. Man hat sie vertröstet bis auf die Zeit, in der die famose Schulhausbauangelegenheit wird beigelegt sein. Die zieht man aber, wie schon berichtet worden ist, immer weiter hin."

Striegau, 13. Februar. Vom Konsum-Verein. Am Sonntag, den 12. d. M. hielt der Konsumverein für Striegau und Umgegend seine Generalversammlung ab, in welcher zunächst der Geschäftsführer einen Ueberblick über die Entwickelung und den gegenwärtigen Stand des Vereins gab. Danach zählt der Verein 979 Mitglieder und hat einen Monatsumsatz von 17- bis 18,000 Mark in 4 Geschäften. Mit diesen Zahlen begründete der Geschäftsführer zugleich die Notwendigkeit der festen Anstellung des Kassierers, zu welchem Zweck die Versammlung hauptsächlich einberufen war. Die Versammlung erkannte nach den angeführten Gründen die Notwendigkeit der Anstellung des Kassierers an und beschloß demgemäß. Der Lohn wurde nach dem Vorschlage des Aufsichtsrats auf 24 Mk. festgesetzt. Gewählt wurde der von der Verwaltung vorgeschlagene Genosse Döhring, z. Z. Lagerhalter in Filiale Häslicht. Zum Schluß der ungefähr 5 Stunden dauernden Versammlung wurde bekannt gegeben, daß in kurzer Zeit ein Vertreter der Großeinkaufs-Gesellschaft in Striegau einen Vortrag über das Genossenschaftswesen halten wird.

Striegau, 14. Februar. Für die Ruhrbergleute. Eine öffentliche Versammlung tagte am vorigen Sonnabend in der „Bierquelle" zu Gräben. Genosse Stolpe-Altwasser referierte über den Bergarbeiterstreik. In der Diskussion beleuchtete Genosse Mosig die Stellungnahme des Abgeordneten unseres Wahlkreises, Freiherrn v. Richthofen, im Reichstage zur Resolution Auer betreffs Vorlegung einer Novelle zur Gewerbeordnung, welche die dringendsten Forderungen der Bergarbeiter erfüllt. Freiherr v. Richthofen erklärte gegen alle vorliegenden Anträge zu stimmen. Man werde ihm die Antwort darauf nicht schuldig bleiben. Der Kassierer des Gewerkschaftskartells, Genosse Speer, gab bekannt, daß 500 Mark Sammelgelder für die Bergarbeiter eingegangen und abgesandt worden seien; er hofft, daß durch ein weiteres Sammeln noch einige 100 Mark abgesandt werden können. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Grunau, 14. Februar. Ein Kommunalkonflikt. Zu einem „lebhaften Zwischenfall" kam es im hiesigen Dorfparlament. Es fand eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Auf der Tagesordnung stand: Beschlußfassung wegen Uebernahme der Kosten zur Herstellung eines Zufahrweges nach dem projektierten Bahnhofe. Kurz nach Eröffnung der Debatte wurde der Gemeindeverordnete Fleischbeschauer Hutter von einem Herrn aus der Versammlung mit dem wenig empfehlenswerten Titel „Lügner" beehrt. Um sich später vor ähnlichen derartigen Schmeicheleien zu schützen, zogen die Herren Hutter, Tielsch und Hornig aus der Versammlung es vor, das Sitzungszimmer zu verlassen und aus der Gemeindevertretung auszuscheiden. Es muß nun in der 3. Abteilung eine Ersatzwahl stattfinden.

Glatz, 15. Februar. Blutschande. Der 87jährige Benjamin Mader, Rentenempfänger in Oberschwedeldorf, der kürzlich unter dem schweren Verdachte, fortgesetzt Verbrechen aus § 173 begangen zu haben, verhaftet wurde, dann aber wieder freigelassen wurde, da Fluchtverdacht nicht begründet erschien, hat sich das Leben genommen. Seine 44jährige Tochter Anna befindet sich noch in Glatz in Untersuchungshaft. Sie ist geständig, sich gegen den § 173 vergangen zu haben.

Neisse. In dem Bericht vom Gewerkschaftskartell muß es heißen: im Kasino gesammelt 12.30 Mk., nicht 2.30 Mk.

Neisse, 14. Februar. Ein gestürzter Erstklassiger. Leutnant Walter vom Ratiborer Bezirkskommando, welcher sich vor dem Kriegsgericht der 12. Division in Neisse wegen Fahnenflucht und Unterschlagung zu verantworten hatte, wurde zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis, Degradation und Ausstoßung aus dem Heere verurteilt. Drei Monate von der verhängten Strafe wurden durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Neisse, den 13. Februar. Der „Straßenraub" bei Ziegenhals. Der Schlosser Walter Horn aus Brieg, früher in Neisse, war vom Schwurgericht wegen Straßenraubes angeklagt. Er sollte am 14. August dem Maurer Plötzner auf der Waldorfer Straße bei Ziegenhals unter Androhung von Gewalt 20 Pfennig weggenommen haben. Horn erzählte, er habe am 14. Abends in Hodecks Begleitung auf einem Steinhaufen vor der Stadt einen Betrunkenen liegen gesehen, ein paar Schritte weiter dessen Rad. Hodeck habe das Rad zu dem Manne geführt, habe ihn geweckt, Kinderlohn verlangt und dabei sei es zur Prügelei gekommen. Als er dazu sprang, um die Streitenden zu trennen, habe er einen Schlag an den Kopf, wahrscheinlich mit einem harten Gegenstande, bekommen. Er sei nun weggelaufen. Hodeck sei ihm nachgekommen und hätte ihm auf der Brücke gezeigt, daß er 20 Pfennig habe. Plötzner erzählte, er habe, durchaus nicht betrunken, sich auf den Steinhaufen gesetzt, um seine Laterne in Ordnung zu bringen. Da kamen zwei Männer, ein großer und ein kleiner. Der große habe ihm gleich ein paar Ohrfeigen gegeben, dann habe er ihn gewürgt und Geld verlangt. Er habe aus der Billettasche 20 Pfennig herausgenommen, dann aber habe er nach einem Stein gegriffen und um sich geschlagen. Nachdem er auf sein Rad gesprungen war, habe er noch einen Stein an den Kopf bekommen. Hodeck sagte wieder anders aus. Nach seiner Darstellung soll Horn von Plötzner niedergeschlagen worden sein und bewußtlos dagelegen haben. Die Sache war so wenig aufgeklärt, daß der Staatsanwalt selbst den Geschworenen anheim stellte, die Schuldfrage zu verneinen. Das geschah auch und Horn wurde freigesprochen.

Ratibor, 13. Februar. Die Presse und der § 193. Der „Oberschlesische Anzeiger" brachte im Juni vergangenen Jahres verschiedene Artikel über die Turnerfeindlichkeit des Ruda'er Pfarrherrn, Herrn Kuratus Ogan, und behauptete, dieser katholische Geistliche habe von der Kanzel herab gegen die Bestrebungen des dortigen Turnvereins gesprochen. Wegen dieser Artikel stellt Kuratus Ogan gegen den Redakteur des „Anzeiger", Peterknecht Strafantrag, das Landgericht hatte aber am 1. September v. J. den Angeklagten von der Anklage der Beleidigung freigesprochen, obwohl das Gericht den Vorwurf der turnerfeindlichen Maßnahmen für unbegründet hielt. Ferner heißt es in dem Urteile, „daß dieser Vorwurf geeignet sei, Kuratus Ogan in den Augen seiner deutschen Mitbürger herabzusetzen. Als nationalgesinnter Staatsbürger konnte sich aber der Angeklagte für berechtigt halten, Handlungen öffentlich zu rügen, die auf Stärkung des Großpolentums abzuzielen schienen." — Auf die Revision des Staatsanwalts, welcher rechtsirrtümliche Anwendung des § 193 rügte, hob das Reichsgericht das das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Es sei ganz falsch, so bemerkte der Reichsanwalt, den § 193 da anzuwenden, wo es sich nur um ganz allgemeine Interessen eines Staatsbürgers handle.

Das Reichsgericht sieht sehr streng darauf, daß seine Pressefeindlichkeit auch in den Gerichtssälen respektiert wird.

Neustadt OS., 14. Februar. Eine Wahlvereinsversammlung tagte am 12. d. Mts. im Lokale des „Arbeiterkasino" — leider nur mäßig besucht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Agitationsbezirkskonferenz in Breslau" betonte Genosse Hanisch die Notwendigkeit der Beteiligung an der Konferenz. Hierauf wurde Hanisch als Delegierter gewählt. Alsdann übernahm Genosse Hanisch eine Vorlesung aus dem Arbeiter-Notizkalender: „Wie wird man ein guter Redner", welcher die Versammlung mit Aufmerksamkeit folgte. Zum nächsten Punkt — Verschiedenes — übergehend, gedachte Genosse Bernhard des Musterbetriebes der Zeiß'schen Stiftung in Jena und wurde aus Anlaß des kürzlich erfolgten Ablebens des bewährten Leiters dieses Betriebes, Professors Abbé, dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt. Sodann wurde vom Genossen Hanisch in anregenden Worten der tapferen Streiter des Ruhrgebietes und des Ausgangs des Kampfes gedacht, dem sich Genosse Recker anschloß, worauf die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen wurde.

Königshütte, 14. Februar. 10,000 Mark verschwunden. Sonnabend holten Beamte der königlichen Berginspektion von der Gleiwitzer Reichsbank einen Betrag von 120,000 Mk. ab. Bei der Ankunft in Königshütte fehlte in dem verschließbaren Wagen ein Betrag von 10,000 Mark. Die sofort vorgenommene Revision war bisher ohne Erfolg. Die für die nächste Lohnung nötige Geldsumme wurde am Sonnabend Vormittag, wie gewöhnlich, von Faktor Salomon und Oberschichtmeister Hampel von der Reichsbanknebenstelle auf der Tempelstraße abgeholt. Das Geld wurde, in Beutel verpackt, in einen Wagen geschafft. Die beiden Beamten legten den ca. 500 Meter weiten Weg nach der Berginspektion zurück. Nunmehr traten fünf Bergleute in Tätigkeit, die das Geld aus dem Wagen in das Kassenzimmer trugen, wobei sie unter Aufsicht nur ein paar Schritte zurückzulegen haben. Als das Geld zum Schluß nachgezählt wurde, fehlte ein Beutel mit 10,000 M. Die sofortige Nachfrage bei der Reichsbank ergab, daß der dortige Bestand genau stimmte und die geforderte Summe richtig übergeben und in Empfang genommen worden war. Alles Suchen und Nachforschen blieb bis jetzt ohne Erfolg. Infolge dieses Ereignisses ist die Abschiedsfeier, die zu Ehren des nach Zabrze versetzten Berg-

inspektor Neude am Sonntag Nachmittag im Zechenhaus des Westfeldes stattfinden sollte, abgesagt worden. Am Sonntag Vormittag wurde die Grubenfeuerwehr herangezogen, um nochmals alles zu durchsuchen, doch fehlte von dem Gelde jede Spur.

Königshütte, 14. Februar. Noch ein oberschlesisches Idyll. Das hiesige Zentrumsblatt berichtet:

„In dem Ferdinand Tichauer'schen Schanklokale auf der Gartenstraße versuchten etwa 60 Arbeiter, meist jugendliche Grubenarbeiter der Vereinigten Königs- und Laurahütte, eine Versammlung abzuhalten. Ohne daß der Wirt hiervon eine Ahnung hatte, war gestern sein Lokal sehr stark mit Gästen gefüllt. Nichts Gutes ahnend, beobachtete er dieselben scharf. Bald machte er die Wahrnehmung, daß seine Vermutung — eine Gruppe Streikführender bei sich zu sehen — sich bestätigte. Ein kleiner schmächtiger Mann von dem Streikkomitee forderte die anwesenden Arbeiter zum Streik auf. Es vergingen kaum fünf Minuten, als die Herren Führer zur Tür hinausgeworfen wurden. Die Polizeiwache wurde schleunigst von der beabsichtigten Versammlung in Kenntnis gesetzt. Ein sofort erschienener Polizeiwachtmeister fand das Lokal infolgedessen schon ziemlich leer."

So lange sich die Arbeiter in Oberschlesien nicht besser organisieren, müssen sie sich eine derartige demütigende und beschimpfende Behandlung noch gefallen lassen.

Kattowitz, 14. Februar. Lohnbewegung. Die Lehrer in Siemianowitz wollen mit ihren Kollegen in Laurahütte gleichgestellt sein und haben dem Schulvorstand eine dahingehende Petition unterbreitet. Das Grundgehalt beträgt hier 1150 Mk., während es in Laurahütte auf 1200 Mk. festgesetzt ist. An Alterszulagen erhalten die Lehrer in Siemianowitz 140, die in Laurahütte 160 Mk.

Kattowitz, 15. Februar. Die Genickstarre hat nun auch bereits Kattowitz erfaßt. Vorgestern sind die ersten zwei Fälle konstatiert worden. Die entsetzliche Krankheit herrscht jetzt auch in Michalkowitz, Zalenze, Bogutschütz, Bismarckhütte, Laurahütte und wütet nunmehr in 16 Ortschaften Oberschlesiens. Die Erkrankungen und die Todesfälle mehren sich in erschreckender Weise. In Königshütte allein sind vom 20. November bis heute 63 Personen an Genickstarre gestorben.

Gleiwitz, 15. Februar. Vom Kampf gegen die Polen. Am Sonnabend wurde der aus dem polnischen Geheimbündeleiprozeß bekannte großpolnische Agitator Former Paul Paprotny verhaftet. Gegen Paprotny ist Anklage erhoben worden wegen einer Reihe von Delikten, insbesondere Aufforderung zum Ungehorsam und Gewalttätigkeit. Er steht im Verdacht, der Urheber jener Plakate zu sein, die man verschiedene Male am Tore der Schule an der Tarnowitzer Chaussee befestigt fand, und worauf bekanntlich die Schulkinder aufgefordert wurden, den deutschen Unterricht zu meiden. Die Plakate waren in der Regel mit dem polnischen Adler versehen. Ferner soll Paprotny der Verfasser verschiedener Drohbriefe sein.

Aus der Provinz Posen.

* **Hochzeitgaben und kein Ende.** In der Provinz Posen haben fast sämtliche Städte bis hinunter zu den kleinsten, beschlossen, anläßlich der bevorstehenden Hochzeit des Kronprinzen einen Beitrag zu einem Hochzeitsgeschenk für denselben zu bewilligen. Es sind dabei Beiträge bis hinunter zu 20 Mark, die ganz kleine Städtchen bewilligten. Angesichts der Armut der Posener Gemeinden sind diese Geldspenden byzantinische Verschwendungen, die ein so reicher Herr wie der Kronprinz eigentlich garnicht annehmen dürfte, umsomehr, da diese Spenden zum größten Teile einer Bevölkerung genommen werden, die auf jede mögliche Weise unterdrückt und entrechtet wird. Doch die Gaben sind einmal bewilligt, und nun könnte man annehmen, daß es dabei sein Bewenden hätte. Trotzdem hat bekanntlich die Provinz Posen dem Kronprinzen zu seiner Vermählung noch extra einen Galawagen im Werte von 17,000 Mk. zu schenken beschlossen.

Gerade die Provinz Posen hat im vorigen Jahre während der großen Dürre ungeheuer zu leiden gehabt; zahllose Brände haben stattgefunden, die in manchen Fällen ganze Ortschaften in Asche legten und bei denen zahlreiche Bewohner ihr ganzes Habe und Gut verloren. Die Provinz wird ferner fast in jedem Jahre von Ueberschwemmungen heimgesucht, die ebenfalls unermeßlichen Schaden anrichten. Zur Linderung dieser Not wird dann gewöhnlich, wenn's hoch kommt, der Bettelsack geschwungen, in den meisten Fällen geschieht aber garnichts. Hier wäre das Geld sicher besser angebracht.

Posen, 13. Februar. Wahlvereinsversammlung. Mittwoch, den 8. d. M. fand eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt, in der Genosse Szemski über die Revolution in Rußland referierte. Zu Ehren der gefallenen Opfer des russischen Despotismus erhoben sich die Mitglieder von den Plätzen. Genosse Nike macht hierauf aufmerksam, daß die Bibliothek Sonntag Vormittag von 11—12 Uhr zur Entnahme von Büchern geöffnet ist. Genosse Gojewski betont die Notwendigkeit öffentlicher Versammlungen. Genosse Szemski erwidert, daß zur Zeit Referenten schwer zu bekommen wären. Genosse Werse erklärte, die öffentlichen Versammlungen wären ja immer ganz gut besucht, die Begeisterung dann groß, aber nachher erlösche alles wie Strohfeuer. Mehr Liebe und Interesse an der politischen Bewegung sei notwendig, aus dem Innern heraus müsse gearbeitet werden, nur dann könne die Bewegung gesunden.

— Abstinentenbewegung. Die Guttemplerloge, welcher auch eine Anzahl Posener organisierter Arbeiter angehören, beabsichtigt, vom 1. März d. J. eine zweite Loge hier zu errichten.

Bromberg, 13. Februar. Die Tätigkeit des Gewerbegerichts 1904. Auf Grund des neuen Ortsstatuts für das Gewerbegericht vom 18. April 1903 sind durch Magistratsbeschluß vom 30. Dezember 1903 auf die Dauer von drei Jahren bis zum 30. Dezember 1906 Bürgermeister Wolff als erster Vorsitzender wiedergewählt und Stadtbaurat Meyer als Stellvertreter des Vorsitzenden neugewählt worden. Die Kosten der Unterhaltung des Gewerbegerichts betrugen 1647.85 Mk., die Einnahmen 217.25 Mk., mithin war ein Zuschuß von 1430.60 Mk. nötig. Dieser Zuschuß wird zu zwei Dritteln von der Stadtgemeinde und zu einem Drittel von den zum Bezirk des Gewerbegerichts gehörenden elf ländlichen Vorortgemeinden getragen.

Von den im letzten Jahre anhängig gemachten 255 Streitsachen waren die Parteien in 100 Fällen aus ländlichen Vorortgemeinden des Gerichtsbezirks, in 57 Fällen aus Orten, die nicht zum Gerichtsbezirk gehörten. In 205 Fällen klagten Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber und zwar: a) wegen rückständigen Lohnes 197, b) wegen Entlassung ohne Kündigung und Entschädigung 44, c) wegen Vertragsbruchs und Entschädigung 1, d) wegen Herausgabe von Papieren und Sachen, e) wegen Ausfertigung von Zeugnissen 5, f) wegen Auflösung des Lehrverhältnisses 1, g) wegen Erstattung von Kurkosten 1. In 20 Fällen klagten Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer, und zwar: a) wegen Vertragsbruch und Entschädigung 18, b) wegen Herausgabe von Papieren und Sachen 1, c) wegen Rückzahlung von Handgeld 1. Auf die einzelnen Gewerbe verteilen sich die Streitsachen wie folgt: Gewerbliche Bauarbeiter 60, Tischler 24, Schlosser und Roh leger 22, gewerbliche Hausdiener, Kutscher 19, Maurer 16, Bäcker und Konditoren 14 rc.

Die größte Inanspruchnahme des Gewerbegerichts fiel in die Monate April bis Juli, sie erreichten die Höhe bis zu 30 Streitfällen im Monat.

Die Ursache von Streitigkeiten waren in den meisten Fällen unterlassene oder ungenügende Lohnabmachungen bei der Einstellung, mangelhaft geführte Geschäftsbücher, mitunter monatelanges Hinausschieben der Abrechnungen nach der Fertigstellung von Akkordarbeiten. Trunkenheit während der Arbeit und vielfach auch Unfähigkeit der Parteien, die Arbeiten richtig zu veranschlagen und nach Beendigung ordnungsgemäß abzurechnen, führten ebenfalls zu Lohnstreitigkeiten vor dem Gewerbegericht.

In vielen Fällen ist auch in Erscheinung getreten, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit den einfachsten Vorschriften über ihre Rechte und Pflichten aus der Gewerbeordnung, sowie den Arbeiterschutz- und Versicherungsvorschriften noch immer nicht ausreichend vertraut waren. Um den Arbeitgebern sowie Arbeitnehmern aus der Misere der Gesetzesunkenntnis herauszuhelfen, heißt es in dem Bericht, daß die Fortbildungsschule, sowie die Organe der Arbeitgebervertretungen nach dieser Richtung hin für weitere Aufklärung und Unterweisung der Beteiligten sorgen müßten.

Unter Zuziehung von Beisitzern fanden 27 Sitzungen statt. In den Verhandlungsterminen kamen — einschließlich der als unerledigt aus dem Jahre 1903 übernommenen 10 Sachen — im abgelaufenen Jahre 266 Streitsachen zur Erledigung. 29 Sachen sind unerledigt ins neue Jahr übernommen worden.

Ordnungsmäßige Arbeitsverträge und Lohntarife bestehen nur für die Gewerbe der Buchdrucker, Ofensetzer, Tischler, sowie der Maler und Anstreicher. In diesen Gewerbezweigen ist gegen früher ein erheblicher Rückgang in der Zahl der Streitsachen eingetreten. Zur Vermeidung der Streitfälle in Gewerbegruppen, wo keine Verträge abgeschlossen sind, empfiehlt der Bericht dringend solche für bestimmte Zeiträume abzuschließen.

Von den 266 Streitfällen wurden wie folgt erledigt: Durch Vergleich 54 (!), durch Zurücknahme der Klage 93, durch Anerkenntnis 4, durch Fortlegung der Akten, weil weitere Anträge nicht gestellt wurden, 26, durch Versäumnisurteil 37, durch Endurteile nur 52! Bei den durch Endurteil erledigten Streitfällen nahm die Erledigung in Anspruch: Weniger als eine Woche 5, eine Woche bis einschließlich zwei Wochen 9, zwei Wochen bis einschließlich einen Monat 18, einen Monat bis einschließlich drei Monate 15, drei Monate und mehr 7. Von einer schnellen Erledigung wie an anderen Orten kann sonach in Bromberg keine Rede sein. Gegen Endurteile des Gewerbegerichts ist in zwei Fällen Berufung an das Landgericht eingelegt worden. In einem Falle ist die Entscheidung des Gewerbegerichts bestätigt worden, im anderen Falle steht die Entscheidung noch aus.

Bromberg, 13. Februar. Tätigkeit des Gewerbegerichts als Einigungsamt im Jahre 1904. Wie im Jahre 1903 wurde auch im abgelaufenen Jahre das Einigungsamt von den Arbeitnehmern angerufen. Nur handelt es sich diesmal um ein Gewerbe — Steinrammer — wogegen im Jahre 1903 es von 5 verschiedenen Gewerben angerufen wurde. Ende März 1904 hatten die Steinrammer bei den Arbeitgebern den Antrag gestellt, die Arbeitsbedingungen vom 1. April 1904 ab auf ein weiteres Jahr zu verlängern und den Minimalstundenlohn von 42 auf 45 Pf. zu erhöhen. Die Arbeitgeber lehnten jedoch brüsk ab. Am 19. Mai 1904 riefen die Steinrammer das Einigungsamt an. Leider ohne Erfolg. Die Arbeitgeber erklärten mit Rücksicht darauf, daß an Rammer auswärts „erheblich niedrigere Löhne" (?) gezahlt würden, von einer noch weiteren Erhöhung des Stundenlohnes Abstand genommen werden müsse. Im Bericht heißt es hierzu weiter, daß bei dieser den Vertretern der Rammer mitgeteilten Erklärung der Arbeitgeber sich die Arbeitnehmer, ohne in einen Ausstand zu treten, beruhigt hätten.

Hierzu wird uns mitgeteilt, daß die Rammer durchaus nicht so wie es im Bericht heißt, sich mit der abgegebenen Erklärung der Arbeitgeber beruhigt haben. Das Einigungsamt sah wohl nach der Erklärung seine Arbeit für erledigt an. Jedoch aber wurde von seiten der Arbeiter direkt mit den Arbeitgebern neue Verhandlungen angebahnt. Der Verbandsvorsitzende trat mit den Arbeitgebern in Verhandlungen und ist es durch sein Mitwirken gelungen, einen Tarif mit den Arbeitgebern auf ein weiteres Jahr abzuschließen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Vom Schnellzuge **Sagan-Glogau** wurde gestern Nachmittag gegen 1 Uhr auf dem Bahnhofe **Nilbau** der Tischlermeister Ernst Deutscher aus Groß-Logisch im Kreise Glogau überfahren und getötet. Deutscher hatte den Schnellzug mit dem einige Minuten später kommenden Personenzug verwechselt. Er hatte trotz der Warnung der Bahnbeamten die geschlossene Schranke selbst hochgehoben und war auf die Geleise getreten. — An Kohlengasen erstickt aufgefunden wurde der von den **Lübener** Dragonern als Bursche eines Majors vom Generalstabe abkommandierte Hermann Petzel. Die Vergiftung ist dadurch eingetreten, daß Petzel den Ofen überheizt hatte. — Auf Ferdinandsgrube bei **Kattowitz** wurden durch herabstürzende Kohlenmassen zwei Arbeiter erschlagen. — Selbstmord durch Vergiftung verübt hat in der Wohnung eines vor kurzem in eine Duellaffäre verwickelt gewesenen Rechtsanwalts in **Posen** eine junge Dame. Der Grund der unseligen Tat ist vermutlich unglückliche Liebe. Wie verlautet, stand die Dame unmittelbar vor ihrer Verlobung mit einem anderen Herrn. — Der Einjährige Barstorff, der in **Bromberg** einen Selbstmordversuch verübte, befindet sich auf dem Wege der Besserung, nachdem ihm mittels einer glücklichen Operation die Kugel aus der Brust entfernt werden konnte. — In der Tonwarenfabrik zu **Gersdorf** fiel der Feuermann Opitz aus Waldau, ein Vater von sechs Kindern, eine Treppe hinunter, brach das Genick und starb. Auf dem Dominium in **Tschirne** zog sich der verheiratete Arbeiter Bunke durch Sturz einen Schädelbruch zu, dem er bald erlegen ist. — Die Erbrichterei **Janowitz** wurde von einem verheerenden Brande heimgesucht. Stallungen und Scheune wurden ein Raub der Flammen.

Litteratur.

„Kommunale Praxis", Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Herausgeber Dr. Albert Südekum Berlin W. 15.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen dritten Nummer des fünften Jahrganges heben wir einen Artikel von Dr. Oskar Pfeiffer über „Stadtverordnetenmandat und Einführung. Eine wichtige Frage des Gemeindewahlrechts" hervor. Neben Abhandlungen über die Ergebnisse der Gemeindewahlen, eine Hilfsaktion für Arbeitslose enthält die Nummer, einen reichen Nachrichtenteil und einen juristischen Sprechsaal in dem alle Fragen, die das Gemeindeleben betreffen, kostenlos beantwortet werden.

Die „Kommunale Praxis" erscheint monatlich zweimal und kostet vierteljährlich 2 Mk. — Probenummern kostenlos vom Verlage der „Kommunalen Praxis", Berlin W. 15.

Für die Streikenden im Ruhrgebiet

gingen ein:

beim Gewerkschaftskartell Breslau:

Gesammelt bei einem Geburtstagfest von den Kollegen der Firma Gaßmann 1.95 Mk., gesammelt auf Liste 446 durch Drusche 6.90 Mk., L. 349 von Handlungsgehilfen 12.85 Mk., L. 214 der Holzarbeiter Bez. 5 durch Klose 10.30 Mk., L. 222 der Holzarbeiter bei der Firma Hanswald 22.95 Mk., L. 401 6.60 Mk., durch Gemeindearbeiter: L. 63 5 Mk., L. 61 5.55 Mk., L. 420 5.75 Mk., L. 130 durch Müller Tiller 4.25 Mk., L. 606 in der Gießerei Meinecke 9 Mk., L. 443 12.70 Mk., L. 353 4.20 Mk., L. 352 fünfte Rate in der Firma Schrötter u. Lehmann 6.30 Mk., L. 535 Maschinenbauanstalt II Cosel durch Hermann 6.65 Mk., L. 347 durch Frau Berger bei organ. Stickerinnen und Annaäherinnen 4.55 Mk., L. 185 durch Jovvich 11.30 Mk., L. 465 2.50 Mk., L. 45 durch Buchdruckereihilfsarbeiter 6.20 Mk., Extrabeitrag von den Buchdruckereihilfsarbeitern 4.50 Mk., auf Liste 379 durch Wodzika und Schneider wurde es heißen 17 Mk. nicht 16.10 Mk., zu wenig quittiert 90 Pf., bereits quittiert den 13. Februar 4206.63 Mk., L. 526 beim Maskenball der Stellmacher 9 Mk., L. 534 von den Tischlern und Zimmerern der Firma Bloch 5.95 Mk., L. 93 durch den Verband der Graveure und Ciseleure 11.90 Mk., Summa **4444.38** Mk.

Beim Gewerkschaftskartell Pawitsch:

L. 13 0.70 Mk., L. 16 1.65 Mk., L. 15 1.40 Mk., L. 19 5.10 Mk., L. 20 1.55 Mk., L. 22 2.15, L. 27 1.75 Mk., L. 25 3.65 Mk., L. 26 1.20 Mk., L. 28 0.90 Mk., L. 29 0.50 Mk., L. 30 1.— Mk., L. 31 1.20 Mk., L. 33 4.85 Mk. Bei einer roten Geburtstagsfeier pos. 1.50 Mk. L. 32 1.75 Mk., L. 34 0.65 Mk. Abgesandt 2. Rate 30 Mk.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 15. Februar:

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Donnerstag, den 16. Februar:

Tapezierer-Verband. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr. Vortrag vom Arbeitersekretär Mehrlein. Zimmer 3 und 4.

Maler. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung Zimmer Nr. 2.

Sonnabend, den 18. Februar:

Metallarbeiter-Verband. Abends Maskenball im großen Saale.

Töpfer. Abends 8 Uhr: Versammlung.

Sonntag, den 19. Februar:

Sektion der Gutformmacher. Mitglieder-Versammlung Punkt 10 Uhr Vormittags; Zimmer Nr. 5.

Montag den 20. Februar:

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 1.

Dienstag, den 21. Februar:

Kranken-Unterstützungs- und Sterbekasse der Breslauer Maurergesellen. Ordentliche General-Versammlung. Abends 8 Uhr.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).

Bezirk 3. Mittwoch, den 15. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 4. Mittwoch, den 15. d. M., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder im bekannten Bezirkslokal. Beiträge werden kassiert. Der Bezirksführer.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt und Pöpelwitz).

Bezirke 13 und 16. Donnerstag den 16. Februar, Abends 8 Uhr: Zahlabend im bekannten Lokal. Mitgliedsbücher mitbringen. Zahlreiches Erscheinen wünschen Geike und Friedrich.

Bezirk 19. Dienstag den 21. Februar: Zusammenkunft. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Bezirksführer.

Bezirk 20. Sonnabend den 18. Februar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokale. Mitgliedsbücher sind abzuholen. Zahlreiches Erscheinen wünscht Der Bezirksführer.

Distrikt III u. XI (Obervorstadt).

Bezirke 34 und 43. Sonnabend den 18. Februar im bekannten Lokal (Eistteller): Zahlabend und Wahl eines Bezirksführers. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Um recht zahlreiches Erscheinen ersuchen Die Bezirksführer.

Bezirk 42. Donnerstag, den 16. Februar, Abends 8½ Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal. Die Genossen werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen.

Rob. Vogel, Bezirksführer.

Distrikt V (Scheitnig).

An der am Sonntag festgesetzten „Volkswacht"-Agitation werden die Genossen ersucht, recht zahlreich teilzunehmen. Material wird Sonnabend im Distriktslokal ausgegeben.

Distrikt VI (Teil: Ohlauer Tor.)

Bezirk 74 und 75. Mittwoch, den 15. Februar Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im altbekannten Lokal. Zahlreiches Erscheinen erwarten Die Bezirksführer.

Distrikt VII (Innere Stadt).

Freitag den 17. Februar: Abrechnung vom Volkskonzert. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht dringend Der Distriktsführer.

Bezirke 103 und 108. Sonntag den 19. Februar, Vorm. 10 Uhr: Zusammenkunft. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen dringend Die Bezirksführer.

Distrikt X (Pöpelwitz.)

Donnerstag, den 16. Februar: Bezirksführer-Zusammenkunft im bekannten Lokal. Abrechnung der Programme. Der Distriktsführer.

Schweidnitz. Freie Turnerschaft. Turnabende jeden Dienstag und Freitag, Abends 8 Uhr. Freunde der Turnsache sind stets willkommen. Der Vorstand.

Schweidnitz. „Freie Turnerschaft". Dienstag, der 21. Februar, Abends 9 Uhr: Generalversammlung im „Zeltgarten". Der Vorstand.

Schweidnitz. Wahlverein. Montag, den 27. Februar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zeltgarten. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Der 18. März.

Freiburg. Verband der Lithographen und Steindrucker. Sonnabend, den 18. Februar: Stiftungsfest bestehend in Gesang, Vorträgen, Theater und Tanz. Den Ueberschuß erhalten die Ruhrbergleute.

Striegau. Gesangverein Vorwärts. Jeden Freitag: Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.

Striegau. Wahlverein. Sonntag, den 19. Februar: Nachm. 3 Uhr: Versammlung in der „Bierquelle". Der Vorstand.

Striegau. Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter. Sonntag, den 19. Februar, Nachmittags 3 Uhr: Versammlung in der „Bierquelle".

Hirschberg. Konsumverein für Hirschberg und Umgegend (E. G. m. b. H.). Sonntag, den 19. Februar, Nachmittags 4 Uhr: Generalversammlung in der Andreasschänke. Tagesordnung: 1. Bericht des Aufsichtsrats. 2. Bericht des Vorstandes über das erste Halbjahr im 2. Geschäftsjahr. 3. Anträge und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Aufsichtsrat.

Zillerthal. Filiale des Zentralverbandes deutscher Textilarbeiter. Sonnabend, den 18. Februar: Oeffentlicher Maskenball im „Goldnen Schlüssel" in Schmiedeberg. Entree: Mitglieder 30 Pfg. maskiert, Gäste 60 Pfg., maskiert 30 Pfg., Damenmasken frei, Dame ohne Herr 10 Pfg. Es ladet ganz ergebenst ein. Der Vorstand.

Goldberg. Große Volksversammlung. Sonntag, den 19. Februar, Nachmittags 3 Uhr im Gasthof zum „Neuen Hause". Tagesordnung: Der Kampf der Bergarbeiter und was lehrt uns derselbe. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Referent: Redakteur Genosse Robert Albert-Breslau. Um zahlreiches und recht pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht. Eintritt pro Person 10 Pfg. Der Einberufer.

Bunzlau. Maurer-Verband. Sonnabend, 18. Februar, Nachmittags 5½ Uhr: Mitglieder-Versammlung in der „Hoffnung".

Bunzlau. Arbeiter-Gesang-Verein „Vorwärts". Sonnabend, den 18. Februar: Fastnachts-Kränzchen in der „Stadt Bunzlau", Tillendorf. Anfang 8 Uhr. Tanzschleifen 50 Pfg. Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Ohlau. Arbeiter-Gesang-Verein „Eintracht". Donnerstag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr: Generalversammlung in Baumgarten, Gasthof „zum grünen Baum". Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Brieg. Männer-Gesangverein „Vorwärts". Diese Woche findet die Uebungsstunde Freitag statt.

Brieg. Gewerkschaftskartell. Sonntag, den 19. Februar, Nachmittags 3 Uhr: Sitzung. Das Lokal wurde in der letzten Sitzung bekannt gegeben.

Kattowitz. Arbeiter-Gesang-Verein. Jeden Freitag Abends 8 Uhr: Gesangstunde im Gewerkschaftslokal. Aufnahme neuer Mitglieder.